

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.50 Pf. (davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbezug 4.32 Pf. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren für Auslandabonnenten 6.— Pf. pro Monat; für Kinder mit ermäßigtem Tarif 3.50 Pf. —

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag
22. Oktober 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig. Propagandaziele 60 Pf. Kassenzettel 5.— Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (unabhängig vom festgedruckten Wort), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Tarif: Stellenangebote das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsnachrichte 60 Pf. Familienanzeigen Zeile 40 Pf. Anzeigenannahme in Hauptgeschäftsbüro Berlin 2. mo. täglich von 9. bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Dönhofs (A 7) 293—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Disc.-G., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

Willfür herrscht in Braunschweig

Das Verbot des „Volksfreund“. — Klagges beschimpft die Arbeiterschaft. Das Reichsinnenministerium angerufen.

Die Parade der uniformierten Bürgerkriegstruppen des Herrn Hitler in Braunschweig hat zu blutigen Zusammenstößen geführt. Die uniformierten Stoßtrupps des Faschismus sind in geschlossenen Gruppen über Arbeiter hergefallen. Sie haben die Arbeiterwohnviertel terrorisiert, sie haben Arbeiterwohnungen zu stürmen versucht. Sie haben sich Polizeigewalt anmaßt. Sie haben unter Berufung auf ihren Minister Klagges die Polizei beiseite geschoben.

Das Ergebnis: drei Tote, siebzig Schwerverletzte, eine nicht feststellbare Zahl von Leichtverletzten.

Was tut Herr Klagges, der Mann, der für die öffentliche Ruhe und Sicherheit in Braunschweig verantwortlich ist? Er verbietet den sozialdemokratischen Braunschweiger „Volksfreund“ auf acht Wochen!

Dies Verbot ist nicht Ausübung eines Rechts, sondern größlicher Mißbrauch der Notverordnung des Reichs zu faschistischem Terror. Wenn die Bürgerkriegsbanden des Faschismus über die Arbeiterschaft herfallen, wird die Presse der Arbeiterschaft verboten.

Die Dauer des Verbots zeigt den Willkürcharakter dieser Maßnahme. Noch mehr der Wortlaut der Begründung des Verbots, den wir an anderer Stelle abdrucken. Diese Begründung ist in ihrer unübertrefflichen Unehrlichkeit und in ihrem Zynismus gegenüber der Arbeiterschaft ein klassisches Dokument eines rein faschistischen Willkürregimes.

Warum hat Herr Klagges den „Volksfreund“ verboten? Weil der „Volksfreund“ festgestellt hat, daß die uniformierten Hakenkreuzbanden, die über die wehrlose Arbeiterschaft hergefallen sind, eine Generalprobe zum Bürgerkrieg veranstaltet haben!

Das weiß heute ganz Deutschland! Kein anständiges republikanisches Blatt ist in Deutschland, das die Wahrheit dieser Feststellung nicht bestätigt. Aber Herr Klagges nennt das: „den tatsächlichen Ereignissen in keiner Weise gerecht werden“.

Trotz der drei Toten und siebzig Schwerverletzten!

Herr Klagges verbietet, weil ein Telegramm des sozialdemokratischen Ortsvorstandes von Braunschweig an den Reichsinnenminister feststellte, daß die Polizei die Sicherheit nicht gewährleisten könne. Drei Tote und siebzig Schwerverletzte — das nennt Herr Klagges Sicherheit und Ordnung!

Herr Klagges verbietet wegen einer Ueberschrift „Die Straßenschlägen“. Der Polizeibericht von Braunschweig spricht selbst vom „Straßengefecht“. Wird Herr Klagges die Braunschweiger Polizei verbieten.

Herr Klagges fühlt sich schließlich verächtlich gemacht durch die Wiedergabe seiner Bemerkung, daß die Nationalsozialisten den marxistischen Mob in seine Schlupfwinkel zurückdrängen würden. Herr Klagges will nur gesagt haben, daß „der marxistische Mob sich in seinen Schlupfwinkeln zurückgehalten habe“.

Das ist die zynische Stelle dieser Verbotsbegründung! Dieser Mann, der in einem deutschen Lande Innenminister ist, nennt die Arbeiterschaft „marxistischer Mob“! Er spricht von ihren „Schlupfwinkeln“ — und er wiederholt diese schamlose, gemeine Beleidigung in einem amtlichen Schriftstück, das das Verbot eines Arbeiterblattes begründen soll.

Begründen? Von Begründung ist hier keine Rede! Hier handelt es sich um einen Versuch, zu leugnen und zu unterdrücken, was in Braunschweig geschehen ist, um eine neue, überaus zynische und gefährliche Provokation gegen die Arbeiterschaft. Hier handelt es sich nur darum, mit fadensteinerger Redensarten das Gesicht der offenen faschistischen Willkür zu verdecken!

Was am Sonntag in Braunschweig war, was diesem blutigen Sonntag vorangegangen ist, das weiß ganz

Otto Wels spricht in Braunschweig.

Versammlung der republikanischen Organisationen.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, spricht am Sonnabend in der Braunschweiger Stadthalle über die politische Lage. Die Versammlung wird von allen republikanischen Organisationen der Stadt Braunschweig veranstaltet.

Beschwerde gegen das Verbot.

Herrn Klagges droht Schadenersatzklage.

Der Verlag des Braunschweiger „Volksfreund“ hat gegen das Verbot sofort Beschwerde eingelegt. Die Beschwerde geht zunächst an das Braunschweigische Innenministerium, das verpflichtet ist, sie innerhalb von fünf Tagen an das Reichsinnenministerium des Janens weiterzuleiten, falls es ihr nicht stattgibt.

Die Beschwerde ist zugleich beim Reichsinnenministerium des Janens eingereicht worden. Für den Fall der Aufhebung des Verbots wird Herr Klagges für den Schaden verantwortlich gemacht werden.

Deutschland. Wenn Herr Klagges glaubt, mit diesem Verbot die Wahrheit unterdrücken zu können, so irrt er. Er mühte einen sehr großen Teil der deutschen Presse verbieten. Er wird auch nicht erreichen, daß das Land Braunschweig, dies Land von 500 000 Einwohnern, als Dasei gegen die Wahrheit, die Wahrheit nicht erfahren darf. Er wird mit diesem Willkürakt nur eins erreichen: daß die gesamte deutsche Öffentlichkeit klar und scharf erkennt, was in Braunschweig ist.

In Braunschweig ist das Innenministerium in der Hand eines Nationalsozialisten, der aus seiner Vergangenheit als ein Hasser der Republik und ihrer Verfassung bekannt ist. Dieser Mann hat der Front der Harzburger Reaktion Gelegenheit gegeben, auf braunschweigischem Boden ihre Kriegskundgebung gegen die Reichsregierung, gegen die Reichsverfassung und gegen die Rechte der deutschen Arbeiter zu veranstalten. Er hat es gestattet, daß zu dieser Kriegskundgebung der Feinde der Republik uniformierte Bürgerkriegstruppen aufmarchierten.

Dieser Mann hat den uniformierten Bürgerkriegsgarden des Herrn Hitler in Braunschweig das alleinige Recht auf die Straße gegeben. Er verbietet systematisch alle öffentlichen Kundgebungen republikanischer Organisationen. Er handhabt die Notverordnungen gegen die verfassungstreuen Staatsbürger. Er begünstigt das freche, provozierende Auftreten der

faschistischen Terrorbanden. Selbst der Pressedienst der Deutschen Volkspartei stellt fest, daß das Auftreten der nationalsozialistischen Bürgerkriegsbanden in Braunschweig eine einzige große andauernde Aufreizung, eine einzige Provokation ist!

An dieser Provokation ist Herr Klagges, der Innenminister, selbst beteiligt. Seine Worte vom „marxistischen Mob“ und seinen „Schlupfwinkeln“ müssen zornige Empörung der Arbeiterschaft hervorrufen. Die Terrorbanden des Herrn Klagges haben ihn sehr gut verstanden, sie sind in die „Schlupfwinkel“ des „marxistischen Mobs“ gezogen, um dort Arbeiter niederzuschlagen!

Dieser Mann als Innenminister von Braunschweig ist eine dauernde Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung!

Nach der Kriegskundgebung der Bürgerkriegsparteien in Harzburg der Ueberfall der uniformierten Bürgerkriegstruppen Hitlers auf die Arbeiterwohnviertel von Braunschweig — das eine wie das andere unter dem Regime des Herrn Klagges! Dieser Blutsonntag von Braunschweig, das ist das wirkliche Programm der Hitler-Partei, das sie in ganz Deutschland verwirklichen möchte.

Ganz Deutschland unter einem Klagges, Sturm auf die Arbeiterschaft und ihre Wohnungen in ganz Deutschland, begünstigt von einer Reichsregierung von Hitlers Gnaden.

Die Terrorbanden vom Hakenkreuz haben in Braunschweig eine Generalprobe gemacht, das Ergebnis lautet: drei Tote und siebzig Schwerverletzte.

Herr Klagges hat die Generalprobe fortgesetzt, er hat einen terroristischen Akt gegen die Arbeiterpresse unternommen.

Das Reichsinnenministerium steht nunmehr vor einer sehr ernstesten Frage. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist voller Empörung über diese faschistischen Terrorversuche. Sie erwartet vom Reichsinnenministerium, daß es in Braunschweig geordnete Verhältnisse herstellt, daß es sie schützt gegen einen Minister, der sie als „marxistischen Mob“ beschimpft, und gegen die faschistischen Terrorbanden, die sie an Leib und Leben bedrohen. Sie erwartet vor allem, daß das terroristische Zeitungsverbot, dessen Charakter durch den Zynismus der Begründung hinlänglich gekennzeichnet ist, schleunigst aufgehoben wird.

Es darf kein deutsches Land geben, in dem das Recht und der Schutz der Reichsverfassung für die republikanische Bevölkerung durch einen faschistischen Minister praktisch außer Kraft gesetzt werden! Das Reichsinnenministerium steht vor einer sehr verantwortlichen und sehr ernstesten Aufgabe!

Klagges beschimpft die Arbeiter.

Eine zynische Verbotsbegründung. — Klagges spricht von „marxistischem Mob“.

Braunschweig, 21. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch hat der braunschweigische Innenminister Klagges zu einem Schlag gegen den sozialdemokratischen „Volksfreund“ ausgeholt, indem er ihn wegen der Berichterstattung und der Kritik an den Vorfällen des letzten Sonnabend und Sonntag auf acht Wochen verboten hat. Von dem Verbot, das sich auf die Notverordnungen des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen stützt, werden auch sämtliche Kopysblätter des „Volksfreund“ betroffen. Seine Begründung lautet:

„Der „Volksfreund“ hat in seiner Nummer 239 des 61. Jahrgangs vom Montag, den 19. Oktober, aus Anlaß des am 17 und 18. Oktober zu Braunschweig stattgehabten SA-Aufmärsches der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei eine ganze Reihe von Meldungen und Artikeln gebracht, die den tatsächlichen Ereignissen in keiner Weise gerecht werden, vielmehr durch ihren anstößigen und aufrührerischen Charakter die

öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernsteste gefährden. Aus der großen Menge der Artikel unwahren und aufwiegenden Inhalts mögen nur folgende herausgehoben werden:

1. Auf der ersten Seite in der Mittelspalte wird behauptet, die in Braunschweig mobilisierten Hakenkreuzler hätten ihre Uebermacht dazu benutzt, über die wehr- und schutzlose Arbeiterschaft herzufallen. Das Wüten der Faschisten sei über Aufruhr und Landfriedensbruch bei weitem hinausgegangen. Es sei eine Generalprobe zum Bürgerkrieg gewesen.

2. Auf der dritten Seite des Hauptblattes ist ein Telegramm des Ortsvereins Braunschweig der Sozialdemokratischen Partei wiedergegeben. (Das Telegramm schildert die Straßenkämpfe und bittet um Schutz, da die Polizei die Sicherheit und Ordnung nicht aufrechterhalten kann.)

3. Unmittelbar darüber befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift „Die Straßenschlägen“.

Alle diese Behauptungen sind aus der Luft gegriffen und

können durch nichts bewiesen werden. Sie sind nur aufgestellt worden, um die Bevölkerung in Erregung zu versetzen und aufzustacheln und gefährden dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung in erheblichem Maße.

Des weiteren findet sich auf der ersten Seite des Hauptblattes ein Artikel mit der Überschrift „Republikaner Braunschweigs“. In diesem Artikel wird ausgeführt, der Minister Klages, der im Lande Braunschweig für Ruhe und Ordnung verantwortlich sei, habe es kürzlich in einer Nazi-Versammlung als mit seinem Amte vereinbar angesehen zu sagen, daß die Nazis den marxistischen Mob in seine Schlupfwinkel zurückdrängen würden. Die Hitlerianer hätten in dieser aufreizenden Redewendung einen Freibrief dafür gesehen, daß sie in Braunschweig wie die Vandalen hätten hausen dürfen.

Auch diese Behauptung ist durchaus unwahr.

Der Minister Klages hat entgegen der vom „Volksfreund“ behaupteten Äußerung lediglich die Redewendung gebraucht, der marxistische Mob habe sich in seinen Schlupfwinkeln zurückgehalten.

Die entstellte Form, in der der „Volksfreund“ diese Äußerung gebracht hat, soll offenbar ausreizen wirken und den braunschweigischen Innenminister in der öffentlichen Meinung verächtlich machen und herabwürdigen, wie sich das aus dem ganzen Zusammenhang, in den diese Äußerung im „Volksfreund“ gestellt ist, aufs deutlichste ergibt.

Mit Rücksicht auf diese fortgesetzten Verstöße gegen die oben in der Verbotsverordnung angeordneten gesetzlichen Bestimmungen ist das Verbot der Zeitung gerechtfertigt und die Bemessung der Verbotsfrist auf acht Wochen angemessen. gez. Klages.

Dieses geradezu aufreizende Verbot ist in keiner Weise sachlich begründet. Für jede seiner Behauptungen hat der „Volksfreund“ eine Reihe von Zeugen mit Namen aufmarschieren lassen können, die bereit sind, ihre Aussagen zu beschwören. Der „Volksfreund“ hat sich lediglich auf Tatsachen gestützt und in objektiver Form zu den Vorgängen Stellung genommen.

Aufruf der Staatspartei gegen Terror. Gegen Harzburg und Braunschweig.

Der Vorstand der Deutschen Staatspartei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt, der Abstimmungserfolg des Kabinetts Brüning-Dietrich könne den erhofften Erfolg nationalen und wirtschaftlichen Aufstieges nicht haben, solange die Regierung es dulde, daß die radikalen Parteien der Rechten und der Linken Aufzüge uniformierter Kampforganisationen im Lande veranstalten und politische Kämpfe mit tödlichen Waffen austragen. Unter dem Eindruck der Vorgänge in Harzburg und Braunschweig fordere der Vorstand der Deutschen Staatspartei die Regierung dringend auf, rücksichtslos alle Maßnahmen dafür einzusetzen, daß Staat und Volk endlich von dem Druck des radikalen Terrors befreit werden.

Reichsbannerführer in Magdeburg.

Der Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat die Gaugeschäftsführer aus dem ganzen Reich zu einer am Sonnabend, dem 24. und Sonntag, dem 25. Oktober, stattfindenden Tagung nach Magdeburg zusammengerufen.

Hinckler verhaftet und freigelassen.

Ein Naziabgeordneter, der das Gericht verhöhnt.

Während der Mittwochsitzung des Preussischen Landtags wurde der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hinckler-Halle beim Verlassen des Landtagsgebäudes in der Prinz-Albrecht-Straße verhaftet. Der Verhaftung erfolgte auf Grund eines gerichtlichen Verhaftungsbefehls nach Raumburg. Wegen der Verhaftung Hincklers hat der Vizepräsident des Landtags, G. Aries, im Hinblick auf die heute stattfindende Abstimmung über die Mißtrauensanträge Einspruch erhoben.

Hinckler gehört zu den überlieferten Erscheinungen unter den Nazis, und das will viel besagen. Er ist seitmerzeit aus dem preussischen Lehrerbereich zwangsweise entfernt worden, nachdem ihm die medizinische Fakultät der Universität Halle bescheinigt hatte, daß bei ihm eine „nachweisbare Beeinträchtigung der geistigen Bereitschaft und Sammlung“ vorliege. In Raumburg sollte gegen ihn wegen Aufruhrs verhandelt werden. Es war schon — nachdem es endlich gelungen war, seine Immunität aufzuheben — im August ein neuer Termin angelegt und Hinckler rechtzeitig geladen worden. Damals verhöhnte er das Gericht, indem er schrieb, er habe die Vorladung zu spät erhalten, weil er auf „Dienststreifen“ gewesen sei. Das Gericht ordnete darauf seine Verhaftung an und verurteilte ihn zu den Kosten des ausgefallenen Termins, zu dem die Zeugen zum Teil wieder erschienen waren.

Jetzt war auf heute Mittag neuer Termin angelegt. Um das Erscheinen des Angeklagten sicherzustellen, erfolgte die Verhaftung. Aber auf Grund des Einspruchs des Landtagspräsidenten und damit Herr Hinckler bei der Abstimmung der preussischen Regierung sein Mißtrauen votieren kann, ist der Termin telegraphisch abgesetzt worden. Infolgedessen wurde Hinckler gestern abend wieder freigelassen.

Er hat also wieder einmal Glück gehabt. Die Anklage ist gegen ihn erhoben worden, weil er die Schlägerei in einer sozialdemokratischen Versammlung in Trensburg (Münster) provoziert hatte, in deren Verlauf von seinen Anhängern auf die Landjäger mit Säcken und Biergläsern eingeschlagen wurde.

Krisenfürsorge wird verlängert.

Verordnung wird in den nächsten Tagen erlassen.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat Anfang Oktober beschlossen, die Bezugsdauer für die Arbeitslosenunterstützung allgemein auf 20 Wochen und die für Saisonarbeiter auf 16 Wochen zu verkürzen. Dieser Befehl wurde unter der Voraussetzung gesetzt, daß eine entsprechende Verlängerung der Bezugsdauer der Krisenunterstützung angeordnet werde. Der Sinn der beiden Maßnahmen sollte sein, daß die Bezugsdauer in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge zusammen künftig nicht kürzer sein würde als bisher. Bisher ist die entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums bisher noch nicht erlassen worden. Das hat zu Zweifeln geführt, ob diese Maßnahme überhaupt angeordnet werde. Wie wir erfahren, sind diese Zweifel an der Verlängerung der Krisenunterstützungsbauer in der Krisenfürsorge jedoch unberechtigt. Die entsprechende Verordnung wird in den nächsten Tagen erlassen werden.

Japan lenkt ein.

Briands Vorschlag grundsätzlich angenommen.

Tokio, 21. Oktober. (Reuter.)

Japan ist bereit, den Rat Briands anzunehmen und darauf zu verzichten, vor der Eröffnung von Verhandlungen eine ausdrückliche Anerkennung seiner Rechte auf die wandschurischen Eisenbahnen durch China zu verlangen. Voraussetzung dafür ist, daß China bereit ist, allgemein und grundsätzlich die Verpflichtungen anzuerkennen, die sich aus den Verträgen ergeben. Gestagt es Briand, China dazu zu veranlassen, dies anzunehmen, so glaubt man, daß damit ein großer Fortschritt erreicht und der Weg zu den Verhandlungen freigemacht wäre.

Chinas Vertrauen in den Völkerverbund.

Nanking, 21. Oktober. (Reuter.)

In ihrer Antwort auf die Noten Frankreichs, Englands, Italiens, Deutschlands, Norwegens und Jugoslawiens, in denen die chinesische Regierung an den Kellogg-Pakt erinnert wurde,

wiederholt das chinesische Außenministerium seine Anklagen gegen Japan wegen der Verletzung des internationalen Rechts durch die japanischen Angriffe auf Rußden und andere Länder in der Mandchurie. Die chinesische Regierung unterstreicht ihren Entschluß, den chinesisch-japanischen Konflikt vorbehaltlos dem Völkerverbund anzuvertrauen. Sie gibt ihrem Willen Ausdruck, auf eine friedliche Lösung aller strittigen Fragen hinzuwirken.

Tschiangkai-sche bittet USA und England um Entsendung von Kriegsschiffen.

Tokio, 21. Oktober.

Nach einer Meldung aus Schanghai hat Marschall Tschiangkai-sche an die Vereinigten Staaten und England die Bitte gerichtet, Kriegsschiffe nach Schanghai zu entsenden, um einen drohenden Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Truppen zu verhindern.

Der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung.

Die Ernennungen vollzogen.

Amtlich wird mitgeteilt, daß der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung folgende Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats ernannt hat:

Dr. Ernst von Borzsig, Fabrikbesitzer in Berlin-Regel,
Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates,
Reichsanzler a. D. Dr. Cuno, Hapag-Hamburg,
Gewerkschaftssekretär Wilhelm Eggert, Berlin,
Gewerkschaftsführer Peter Graumann, Berlin,
Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königsberg,
Dr. Bernhard Grund, Präsident der Handelskammer Breslau,
Kaufmann Dr. Albert Handelsberger, Delfingen in Baden,
Papierfabrikant Georg Haindl, Augsburg,
Wagenbaumeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf,
Gutsbesitzer Dr. Holtmeier, Aienen, Kreis Ludenburger, Westfalen,
Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Josef Jahn, Berlin,
Kaufmann Louis Körner, Berlin,
Rittergutsbesitzer von Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg,
Bernhard Otte, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin,
Bankdirektor Dr. Robert Pferdmenget, Köln,
Bäckermeister Ernst Pflugmacher, Magdeburg,
Direktor der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhardt, Charlottenburg,
Mag Köffiger, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin-Zehlendorf,
Dr. Schmitt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein A.-G., Berlin,
Dr. Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied der IG-Farbenindustrie A.-G., Berlin,

Dr. Paul Silberberg, Köln,
Otto Suhr, Vorstandsmitglied des Allgemeinen freien Arbeiterbundes, Berlin,
Generaldirektor Dr. Albert Vögler, Dortmund,
Fabrikdirektor Billy Witzke, Dresden.

Der Reichspräsident hat gleichzeitig mit der Ernennung die Mitglieder zu der ersten gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsbeirats und der Reichsregierung, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Lohse und Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dormmüller, teilnehmen werden, auf Donnerstag, den 29. Oktober, vormittags 11 Uhr, in sein Haus eingeladen. Diese Eröffnungssitzung wird unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfinden.

Nach dem Briefwechsel des Reichsanzlers mit dem Reichspräsidenten soll der jetzt ernannte Wirtschaftsbeirat zur Lösung lebenswichtiger Fragen in der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik gelangen. Nach der Auffassung der Reichsregierung sind alle Kreise durch Persönlichkeiten vertreten, die Gewähr dafür bieten, daß neben den großen gemeinsamen Interessen der gesamten Volkswirtschaft auch die Interessen der einzelnen Berufsstände und Wirtschaftszweige gleichwertig und mit gleichem Nachdruck vertreten werden.

Das Ergebnis, zu dem die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats gelangen, wird entscheidend davon abhängen, in welchem Geiste die Reichsregierung selbst die Verhandlungen leiten und beeinflussen wird. Daß so zahlreiche Mitglieder der „nationalen Opposition“ dem Beirat angehören, die grundsätzlich nur soziale Reaktion will und gegen die die Reichsregierung im politischen Abwehrkampf steht, ist staatspolitisch bedenklich und wenig verheißungsvoll.

Von den Kinderfreunden.

Die Reichsführertagung in Probstzella.

Die diesjährige Reichsführertagung der Kinderfreunde Deutschlands, die in Probstzella tagte, war sowohl für die weitere Vertiefung der pädagogischen Gedankenwelt wie in politischer Hinsicht von besonderer Bedeutung.

Ein Referat von Kurt Löwenstein-Berlin zur politischen Lage gab jedem Kinderfreunde-Helfer das geistige Rüstzeug, um allen Abspaltungsversuchen mit Entschiedenheit und guten Gründen entgegenzutreten zu können. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die Kinderfreundebewegung ist eine sozialistische Erziehungsbewegung. Sie will Menschen erziehen, die am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft aktiv teilnehmen. Sie leitet ihre Grundzüge und ihre Maßnahmen nicht von der Taktik der politischen Tagesfragen ab.

Diese Erkenntnisse haben die Haltung der Helferschaft bisher eindeutig bestimmt. Sie müssen auch für die Zukunft bestimmend bleiben. Die persönliche Entscheidung des einzelnen zu den Fragen der Partei und ihrer Taktik wird durch die Anerkennung dieser Grundzüge nicht berührt.

Die Entwicklung unserer Organisation zu einer großen Bewegung ist nur möglich gewesen im Rahmen einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei. Die Partei hat unsere Arbeit gefördert und durch entschlossenes Eintreten uns in entscheidenden Situationen unterstützt. Es ist unmöglich, außerhalb der Partei oder gar im Gegenfah zu ihr eine zweite umfassende sozialistische Erziehungsorganisation aufzubauen. Darum ist auch in Zukunft die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei oder der Sozialistischen Arbeiterjugend unerlässliche Vorbedingung für die Mitarbeit der Kinderfreunde.

Ein zweiter Punkt der Tagesordnung galt dem inneren organisatorischen Wiederaufbau, zu dem Hans Weindorger-Berlin Vorschläge machte, die lebhaft besprochen und ebenfalls in voller Einstimmigkeit beschlossen wurden. Es werden die wichtigsten Fachgebiete der Kinderfreundearbeit verschiedenen Bezirken und Ortsgruppen zur gründlichen Durcharbeit und Dauerbearbeitung übertragen. Diese Organisierung wird dazu beitragen, alle positiven und schöpferischen Kräfte der Bewegung auf bestimmte Aufgaben zu lenken und für die Gesamtbewegung nutzbar zu machen. Daß dieses neue Werden schon jetzt nicht unbeachtet geblieben ist, zeigt uns die interessierte Beachtung unserer Arbeit durch die katholische Pädagogik, sowie die Tatsache, daß pädagogische Studenten längere Zeit in den diesjährigen Lagern der Kinderfreunde wissenschaftliche und praktische Beobachtungen durchgeführt haben.

Bei einer kritischen Besprechung der Lager 1931 wurde Bedeutung und Aufgabe der Zeltlager als Kinderrepublik herausgearbeitet. Erfahrungen mit neuen Einrichtungen, wie Reingungsarbeiten, freiwilliger Arbeitsdienst usw. ausgetauscht und Vorschläge zur Verbesserung der Lagertechnik und pädagogischen Gestaltung des Lagerlebens gemacht. Für 1932 wurden die Lagerpläne des Vorstandes gutgeheißen. Es sind vorgesehen: ein vierwöchiges Rote-Falken-Lager in Frankreich, ein Rote- und Jungfalken-Lager bei Lübeck und Bezirkszeltlager.

Als letzter Teil der Tagungsarbeit wurde das Verhältnis der

Kinderfreundebewegung zur Sozialistischen Arbeiterjugend besprochen. Kurt Adams-Hamburg gab das einleitende Referat, dem eine gründliche Aussprache unter Führung des Leiters der SAJ, Erich Ollenhauer-Berlin folgte. Grundsätzlich wird die Selbstständigkeit der SAJ, aber ebenso stark die innere Zusammengehörigkeit betont. Die organisatorische Verbindung muß noch enger gestaltet werden und der Gesichtspunkt der sozialistischen Erziehung und proletarischen Gemeinschaftsarbeit noch stärker herausgearbeitet werden.

Die gesamte Tagung klang aus mit dem Bekenntnis zur Partei und dem einmütigen Willen, in der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde am sozialistischen Erziehungswerk weiter zu wirken.

Splinter zersplittern.

Wie steht die KPD zur SAPD?

Es gibt in Deutschland einige Leute, die nichts Wichtigeres zu tun haben, als über das Verhältnis der KPD zur SAPD nachzudenken. KPD heißt Kommunistische Partei Deutschlands, Opposition, und SAPD heißt Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und ist der Name der abgespaltenen Sendewitz-Gruppe.

Die KPD hat neulich zwei Tage lang darüber beraten, wie sie sich zur SAPD stellen soll und ist dabei sehr stark durcheinander, ja beinahe schon auseinandergeraten. Die Mehrheit mit Thalheimer und Brandler ist für scharfe Gegnerschaft. Die Minderheit mit Waicher und Paul Frölich denkt sanfter. Nachdem sie überstimmt worden ist, hat sie aber ihren Austritt aus der Reichsleitung erklärt, und so steht, wie es scheint, die KPD. vor einer Spaltung! Vielleicht wird sich später die KPD-Rechte mit der SAPD-Linken zu einer neuen Partei vereinigen, die sich dann wieder bei der nächsten Gelegenheit spalten kann.

Dieses Gesellschaftsspiel kann nach Belieben fortgesetzt werden und macht denen, die daran beteiligt sind, offenbar viel Spaß. Mit Politik hat es freilich nur insofern etwas zu tun, als es an einem abschreckenden Beispiel zeigt, zu welchem Stöckchen die Spalterei führt.

Spanischer Republikanismus.

Am Einbringungstag fast einstimmig angenommen.

Madrid, 21. Oktober.

Die Kammer hat abends mit allen gegen fünf Stimmen den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik angenommen.

Ministerpräsident Azana erklärte, daß es der Regierung gegenwärtig an Sanktionen gegen die Feinde der Republik fehle. Der Gesetzentwurf besitze nur den Fehler, daß er sechs Monate zu spät komme. Der Ministerpräsident wies die Vermutung von sich, daß dieses Gesetz eine verschleierte Diktatur darstelle.

Die Verwaltung der mandchurischen Hauptstadt Mukden sollen die Japaner den Chinesen zurückgegeben haben, jedoch unter Hinzufügung japanischer Berater.

„Ich wäre eine Kanaille gewesen...“

Professor Klotz rechtfertigt sich im Calmette-Prozess.

Lübeck, 21. Oktober.

Kurz nach der Eröffnung der gestrigen Sitzung richtete der Vorsitzende an Professor Klotz die Frage, wann ihm die Ueberzeugung gekommen sei, daß das BCG. unter den Kindern verheerend gewirkt habe.

Dr. Klotz: Erst unmittelbar vor dem 26. April 1930. Bis dahin waren mir auch von Privatärzten keine Beschwerden darüber zugegangen.

Vors.: Was ist an den Gerüchten wahr, die von einer Feindschaft zwischen Ihnen und Dr. Deyde sprechen.

Prof. Klotz: Es kann keine Rede davon sein, daß zwischen uns eine Feindschaft besteht. Als im vorigen Jahr ein Berliner Blatt diese Meldung brachte, habe ich sofort eine Sitzung einberufen, an der auch Professor Deyde und Senator Mehrlein teilnahmen. In dieser Sitzung erklärte Professor Deyde, daß die Nachricht des Berliner Blattes nicht anders als albern zu bezeichnen sei. Ich finde in der deutschen Sprache kein Wort, um eine solche infame Unterstellung zu bezeichnen. Es ist doch undenkbar, daß ich ein Kind nach dem anderen bewußt hätte sterben lassen — lediglich aus Feindschaft zu Professor Deyde.

Professor Klotz sagt weiter, daß in der Gesundheitsratsitzung im November 1929 nur von der Einführung des BCG. für die tuberkulösen Kinder, aber nicht für die Allgemeinheit der Säuglinge gesprochen wurde. Später habe er sein Bestreben darüber ausgedrückt, daß auch die anderen gefüttert wurden. Professor Klotz erklärt dann mit erregter Stimme:

„Ich bitte noch ein paar Worte an die Elternschaft richten zu dürfen.“

Ich bin seit 1918 städtischer Kinderarzt. Ich war für das Wohlergehen der Kinder verantwortlich. Wenn trotz aller Bemühungen ein Kind starb, setzte ich mich mit der Schwester hin und wir zerbrachen uns den Kopf nach der Todesursache. Wir haben uns Vorwürfe gemacht, ob wir nicht vielleicht noch schärfer, noch sorgfältiger hätten beobachten müssen. Zweifel nagten an uns. Und da soll ich aus Feindschaft gegen Professor Deyde verschwiegen haben, moran die Kinder starben? Ich hätte, nur um ihm eins auszuweisen, zusehen können, wie zwei, sechs, zwölf Kinder starben? Wenn ich das insonde gewesen wäre, dann hätte ich eine Kanaille sein müssen.

Kurz vor der Mittagspause kommt es zu einer aufsehenerregenden Aussprache. Es wird eine Antwort des Lübecker Gesundheitsamtes vom 13. Mai 1930 verlesen, die auf eine Anfrage des Reichsgesundheitsamtes ergangen ist. Sie enthält den Satz: „Vor Herausgabe der Kulturen fand eine Prüfung im Tierversuch auf Unschädlichkeit statt.“ R. A. Dr. Frey: Diefelbe Behauptung ist auch in einem Artikel des Professors Klotz aus dem Jahre 1930 enthalten. Es ist anzunehmen, daß man die Erklärung von den Tierversuchen in das Antwortschreiben hineingemogelt hat. Als Dr. Altschädel auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt, daß er die Antwort verfaßt habe, entsteht im Zuschauerraum große Bewegung.

Am Nachmittag berichtete Professor Klotz darüber, was er zur Abstopfung der Fütterung veranlaßt habe. Als Hebammen Ende April 1930 ihm gegenüber die Vermutung ausprochen, daß schädliche Wirkungen des Calmette beobachtet wurden, habe er sofort an Dr. Altschädel geschrieben. In dem Säuglingsheim, das Professor Klotz untersteht, seien keine Kinder mit BCG. gefüttert worden, denn die Säuglinge wurden dort immer erst eingeliefert, nachdem sie vierzehn Tage in der Entbindungsanstalt des Allgemeinen Krankenhauses gewesen waren. Daß Hebammen mit praktischen Ärzten vor dem 26. April 1930 über unheilvolle Wirkungen gesprochen hätten, sei ihm, Klotz, und auch Deyde und Altschädel nicht bekannt geworden.



Familie Soriot Roman von Eise Möbus

„Oder ich finde was, Dolschen“, fällt die Schwester begeistert ein, „wie die Frau, von der du eben erzählt hast! Nimm mich nur immer mit, ich werde den ganzen Himmel durch das Fernrohr angucken!“

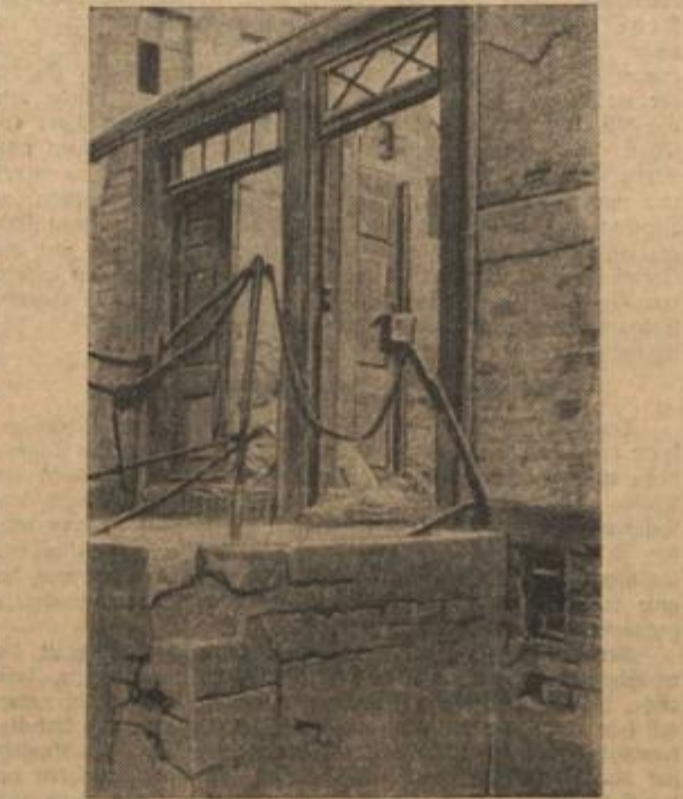
Auf der Straße erschallt Stimmengewirr, Schritte nähern sich dem Hause. Ein paar Betrunkene kommen des Weges, sie stolpern grölend von einer Straßenseite zur anderen. „Die Cafés werden jetzt geschlossen, ich glaube, es ist Zeit, hinunterzugehen“, flüstert der Junge. Die Gestalten vergnügen sich immer noch damit, von einer Seite zur anderen zu wanken. Sie gehen Arm in Arm, ihre Hüte sitzen schief. Der eine hat einen Regenschirm aufgespannt und sucht damit herum. Hinter ihnen folgt ein zweiter kleiner Trupp, aus dem eine schrille Frauenstimme herauströnt. Ihr wildes, hysterisches Lachen ist noch lange durch die stille Nacht zu hören, als die Personen längst in die angrenzenden Straßen eingebogen sind.

Dolf hat inzwischen das Fernrohr auseinandergeschraubt und die Linsen sorgsam verpackt. Dann wendet er sich zu Germaine und faßt sie an der Hand, um sie zum Dachfenster zu führen. Aber plötzlich fährt er zusammen und starrt mit weit aufgerissenen Augen auf die Straße hinunter. Ein Paar nähert sich eng umschlungen dem Hause und bleibt unten stehen. Mit jähem Griff faßt der Junge den Arm der Schwester und zieht sie in den Schatten des Schornsteins zurück. „Sei um Gottes willen jetzt ganz still, Viebling“, flüstert er beschwörend, „rühre dich nicht und sprich kein Wort! Da unten stehen Leute, die uns gut kennen. Wenn sie uns hier erblicken, dann erzählen sie es den Eltern, und dann gibt es Strafe und Streit.“

Erschreckt kauert sich das Kind zusammen und nicht wortlos. Der Bruder aber greift in jähem Schwindelgefühl an den Schornstein. Er taumelt. Das Paar hat sich inzwischen zur Ecke gewendet und ist in den Schatten der hohen Bäume getreten, die hier eine breite Allee umsäumen. Nur undeutlich kann man ihre Umrisse erkennen. Dann entfernen sie sich

Dann wurde mit der Vernehmung von Dr. Altschädel fortgefahren, die vor einigen Tagen wegen Erschöpfung des Angeklagten unterbrochen worden war. Dr. Altschädel erklärt, daß er bis zum entscheidenden Tag, dem 26. April 1930, nicht an eine große Katastrophe geglaubt habe. Bei dem Kind Schwarz ist

Elendsquartier auf Abbruch



100 jähriges Wohnhaus in der weiteren Umgebung Berlins, das langsam verfällt. Im Hintergrund dieses Schatt- und Geröllhaufens hat sich der Besitzer ein kleines Gebäude errichten lassen, das durch das verfallende und abgedeckte Haus seinen Zugang hat

bekanntlich am 26. April Milchkörnerüberläufe festgestellt worden, und das war das Signal für die Einstellung der Impfung. Es wurde nun die interessante Feststellung gemacht, daß die ersten Calmette-Kinder, die erkrankten bzw. starben, mit einer Emulsion vom 28. Februar 1930 gefüttert worden sind. Das hatte Dr. Altschädel zu der Vermutung geführt, daß nur diese eine Emulsion verunreinigt worden sei. Die Verhandlung wird dann vertagt.

Der Reichskommissar für Kleinfriedung. Der Regierungspräsident von Trier, Saaken, wurde zum Reichskommissar für die vorläufige Kleinfriedung und die Vereinstellung von Kleingärten für Erwerbslose ernannt.

Möbelfabrik eingedäschert.

Großfeuer in Berlin D. — Schwierige Löscharbeiten. Durch ein Großfeuer wurde in den gestrigen Abendstunden die Möbelfabrik der Firma Seelisch in der Rigauer Straße 72 zum großen Teil eingedäschert. Die Feuerwehr war mit zahlreichen Fahrzeugen stundenlang mit der Bekämpfung des Brandes beschäftigt.

Auf dem Hof des Grundstücks befinden sich in einem langgestreckten einstöckigen Flachbau die Fabrikations- und Lagerräume der Möbelfabrik. Gegen 19.30 Uhr, mehrere Stunden nachdem der letzte Arbeiter den Betrieb verlassen hatte, wurde in der Fabrik plötzlich starker Feuerchein bemerkt. Die alarmierte Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen bereits einen ausgedehnten Brandherd vor. Aus den Fenstern schlugen meterhohe Flammen empor; das Gebäude war in eine undurchdringliche Rauchwolke gehüllt, so daß die Löschrupps erst mit Sauerstoffgeräten ausgerüstet werden mußten, ehe sie weiter gegen den Brandherd vordringen konnten. Die Flammen fanden an fertigen Möbeln, Holzvorräten und Werkbänken überaus reiche Nahrung und griffen in kurzer Zeit fast auf den ganzen Betrieb über. Zehn Schlauchleitungen starker Kaliber mußten in Tätigkeit gesetzt werden, um das Feuer einzudämmen. Nach zweistündigem Wassergeben war der Brand endlich lokalisiert. Die Ablösungs- und Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die späte Nacht hinein.

Die Entstehungsursache wird sich kaum noch feststellen lassen, da das Feuer mit solcher Gewalt gewüet hat, daß kaum noch Spuren zu finden sein dürften. Der Material- und Gebäudeschaden ist sehr hoch und angeblich nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

Der Ueberfall auf den Geldbriefträger.

300 Mark Belohnung für Aufklärung ausgelegt.

Zu dem Raubüberfall auf den Geldbriefträger Gustav Finke werden jetzt noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Beamte befand sich auf seinem Bestelgang in der Florapromenade in Pantow, und zwar an einer Stelle, wo diese nicht mehr bebaut ist und die Straße einen scharfen Knick bildet. Links und rechts der Promenade befinden sich Landeskolonien. Daraus ist vor allem zu entnehmen, daß der Ueberfall vorbereitet war und die Täter den Beamten bereits beobachtet hatten. Fintke hörte, als er seines Weges ging, hinter sich ein Motorrad knattern. Als er sich danach umdrehte, saß das Rad scharf zur Seite, einer der Täter sprang sofort ab und schnitt dem Beamten die Geldtasche, die 730 Mark enthielt, ab. Darauf schwang sich der Täter wieder auf das Rad und bedrohte den Beamten, als dieser um Hilfe rief und sich zur Wehr setzen wollte, mit dem zur Tat benutzten Messer.

An der Verfolgung der Täter, die in Richtung Dolomiten, Dethaler Straße (Müchtern) und entkamen, beteiligten sich auch zwei Radfahrer. Diese werden unter Hinweis auf die von der Oberpostdirektion inzwischen ausgelegte Belohnung von 300 Mark gebeten, sich bei dem Raubbezirker, Zimmer 81, im Polizeipräsidium zu melden, desgleichen der Drohtsternaufseher, der an der Haupt- und Marktsänkestraße gerade eine Führe beendet hatte, als der Ueberfall geschah. Bei den Tätern handelt es sich um zwei Männer im Alter von etwa 24 und 28 Jahren. Das zur Tat benutzte Motorrad war vermutlich ein altes „Stod“-Rad ohne Nummernschild mit schwarzem, verchromtem Rahmen.

Außer den 300 Mark Belohnung für die Ergreifung der Täter sind noch 10 Proz. für die Wiederherbeischaffung des geraubten Geldes ausgelegt.

Die verunglückten Dzeanflieger in Berlin.

Auf dem Flugplatz Tempelhof trafen gestern von Dessau kommend die Dzeanflieger Rodu, Johannsen und Baiga in einem Junkers-Verkehrsflugzeug ein. Die Maschine ist den Fliegern von der Firma Junkers zur Verfügung gestellt worden.

langsam durch die dunkle Nebenstraße. Der Junge lauht noch einen Augenblick, aber er scheint nicht den Mut zu haben, jetzt ins Haus zurückzukehren. Unschlüssig bleibt er stehen und horcht. Dann wendet er sich der Schwester zu, die noch immer unbeweglich am Schornstein lauert. Er setzt sich in den dunkelsten Winkel und nimmt sie auf den Schoß.

Germaine ist müde geworden. Schlaftrunken sinkt ihr Kopf auf die Schulter des Bruders. So vergeht etwa eine Viertelstunde. Dann nähert sich ein rascher Mannesschritt dem Hause, ein Schlüssel wird ins Schloß gesteckt, die Haustür wird geöffnet und leise zweimal geschlossen. Der Junge sitzt immer noch reglos, mit der schlafenden Schwester auf den Knien. Seine Beine sind eingeschlafen, seine Arme schmerzen, er ist eiskalt am ganzen Körper. Aber er scheint fühllos für alles zu sein. Starr und steif sitzt er da wie eine leblose Puppe.

Im Haus ist längst jeder Laut verstummt. Da regt sich Germaine und schlingt im Traum ihre beiden Arme um den Hals des Bruders. Da scheint auch der Junge aus seiner Betäubung zu erwachen. Schwerfällig erhebt er sich und geht mit der Schwester auf dem Arm zum Bodenseifer, durch das er hinabklettert. Dann schleicht er allein die Bodentreppe hinab bis an die Tür des Zimmers, in dem der Vater schlief. Aber kein Lichtstrahl dringt durch das Schlüsselloch, alles ist still und dunkel. Da tastet er sich zurück, holt die kleine Schwester und trägt sie den langen Korridor entlang bis ins Kinderzimmer. Germaine schläft tief und traumlos, sie erwacht auch nicht, als der Bruder sie auszieht und zu Bett bringt. Sie träumt von riesigen Gebirgen, von Gestirnen und Fernrohren, von einer unbekannten, geheimnisvollen Zukunft. Dolf klettert noch einmal auf das Dach, um sein Fernrohr zu holen und sorgfältig hinter der Luke zu verstauen. Dann geht er in sein Zimmer. Er setzt sich an den Tisch und knipst die grüne Leselampe an. Ihr Schein fällt auf das neueste Heft des „Sirius“, das heute gekommen ist.

Der Junge nimmt die Zeitschrift zur Hand und versucht zu lesen. Aber die Buchstaben tanzen ihm vor den Augen. Seine Hände zittern wie im Fieber, und auf seiner Stirn steht kalter Schweiß. Mit unsicheren Schritten sucht er sein Lager auf und beginnt sich zu entkleiden. Ein rasender Schüttelfrost hat ihn gepackt, Schauer jagen über seinen Körper, seine Zähne schlagen unaufhörlich aufeinander. Fast eine Stunde lang währt der Krampf, der den kranken Körper in seine Klauen gezwungen hat. Erst als draußen ein Schein der Dämmerung über den Nachthimmel schleicht, schwindet ihm das Bewußtsein.

„Hier, Dolschen. Zwei Löffel sollst du nehmen, hat der Doktor gesagt.“ Germaine stand vor dem Bett des Bruders. Sie hielt eine Medizinflasche in der Hand und goß vorsichtig etwas von der weißen Flüssigkeit in einen Löffel. Der Junge hob schwerfällig den Arm und tastete nach der Hand der Schwester. Aber er griff ins Leere, einmal, zweimal. Da ließ er den Arm mit einer verzweifelten Bewegung sinken. Germaine schaute erschreckt und besorgt in sein abgekehrtes Gesicht.

„Ist es wieder schlimmer, Dolf?“ fragte sie ängstlich. „Hast du immer noch die Schleier vor den Augen?“ Der Junge antwortete nicht. Er hielt die Augen fest geschlossen. Dann drehte er sich mühsam etwas um, um sein Gesicht der Schwester zu verbergen. Aber es war zu Ende mit seiner Selbstbeherrschung. Er wurde von einem Weintrampf geschüttelt, er wimmerte und schluchzte.

Germaine hielt die Medizinflasche immer noch fest in der Hand. Sie stand unbeweglich. Ein dumpfes, entsetzliches Schmerzgefühl dümmerte in ihr auf. Sie starrte auf das mit bläulichweißem Damast bezogene Bett, auf die elegante, moderne Tapete, auf der sich eine große Radierung, die über dem Bett hing, seltsam schwer und ernst abhob. Es war ein Mühlenbild, eine düstere, schwermütige Abendstimmung lag darüber. In der Ferne sah man dunkle Wolken aufsteigen. Sie verhallten die Landschaft, so daß man nicht erkennen konnte, ob es Höhenzüge oder weite Ebenen waren, die dort lagen. Geheimnisvoll und rätselhaft stand die Mühle im Vordergrund. Ein Flügel war zerbrochen, die anderen schienen schadhast zu sein. Aber auch das war nur undeutlich zu erkennen. Germaine kam es plötzlich zum Bewußtsein, daß kein menschliches Wesen auf diesem Bilde war, und mitten in ihrer Starrheit überfiel sie eine jähe, unerklärliche Angst. Das hing doch alles zusammen, irgendwie. Scheu sah sie zur Tür. Irgend etwas verbarg sich hinter ihr. Ueberall sah es, dieses Verborgene, Unfassbare. Niemand sprach davon — aber es war da. Sie fühlte es mit verzweifelter Gewissheit.

Germaine stellte die Medizinflasche auf den Nachttisch und legte den Löffel daneben. Dann setzte sie sich auf den Bettrand und legte ihre beiden Hände auf die ihr zugewandte Schulter des Bruders. Sie saß ganz still und unbeweglich. Es war ihr zu Mut, als sei sie von einer ungeheuren Faust niedergeschlagen worden. Es war das gleiche Gefühl der Leere und Betäubung, das sie da mal empfunden hatte, als sie mit dem Schaukelstuhl hinten übergeschlagen war.

(Fortsetzung folgt)

Rundgebung der Kinderfreunde

Für die Einheit der Partei.

Ein solch glänzendes Bekenntnis zur sozialistischen Erziehungsbewegung und zur Einheit der Partei hat der Bezirk Prenzlauer Berg lange nicht erlebt. Drei Generationen sprachen in der großen Kinderfreundtagung für die Parteeinheit. In seinen Begrüßungsworten gefühlte Kurt Lucke unter dem Belfall aller Anwesenden den verräterischen Versuch, die Spaltung auch in die Reihen der Kinder zu tragen. Dann trat im Geiste der alte Wilhelm Bock mit seinem letzten Mahnruf zur Einigkeit und Geschlossenheit unter uns. Die Wiedergabe seiner Rede auf dem Leipziger Parteitag, wenige Wochen vor seinem Tode, sollte eine Warnung sein für die, welche die Notwendigkeit der Parteeinheit unterschätzen. Die zweite Generation kam durch Genossen Kurt Böwenslein zum Wort, der in tiefgründiger Weise die Spaltungsursachen erforschte. Meinungsverschiedenheiten, ja erbitterte Richtungskämpfe gab es längst vor dem Kriege, jedoch die Einheit war oberste Erkenntnis. Erst der Weltkrieg brachte die Basis des gemeinsamen Ringens ins Wanken. Es gab Spaltungen, jedoch wenige Jahre später fanden sich die beiden Bruderparteien wieder zusammen. Ueber alle Wirren der Inflation und der Krisen wurde die Einheit gewahrt. Der Wille zu dieser Einheit entspringt aus der Liebe zur Partei, die jeden einzelnen zur Disposition zwingt. Wer die Partei verläßt, verläßt auch den Boden der sozialistischen Erziehungsbewegung. „Seht eure Fehler ein“, rief Böwenslein. „Geirrt zu haben, habe ich in meinem Leben nie als Schande betrachtet. Ringt mit uns gemeinsam um Erfüllung der Arbeiterklasse mit marxistischem Denken.“

Und nun kam die junge Generation durch den Führer der Berliner Arbeiterjugend, dem Genossen Erich Schmidt zu Wort. „Wir haben in unseren Erziehungsbewegungen — Kinderfreunde und S.A. — die Gefahren der letzten Wochen glänzend bestanden; das gibt uns die beste Gewähr, daß wir auch über die Not dieses Winters geschlossen und einig hinwegkommen und in den schweren Kämpfen über den Gegner siegen werden. Noch kurze Zeit und niemand wird mehr vor diesem Intermezzo sprechen, weil dringendere Aufgaben vor uns stehen. Ein Hoch auf die Sozialdemokratie und ihre Erziehungsorganisationen, begeistertste Freundschapsgrüße sowie der gemeinsame Gesang der Internationale gaben dem Bekenntnis von jung und alt einen würdigen Abschluß.“

Am Bezirk der 27., 30. und 31. Okt. verfuhr man durch irr-führende Einladungen unter dem Namen „Reichsarbeitsgemeinschaft der Roten Haisler“ neue Kindergruppen ins Leben zu rufen. Wir weisen darauf hin, daß es nur eine „rote Fackelbewegung“ gibt, die in der Kinderfreundeorganisation als sozialistische Erziehungsbewegung arbeitet.

Falsche Zweimarkstücke.

Festnahme eines Falschgeldverbreiters.

Ein Geschäftsmann in der Alexandrinenstraße beobachtete in den vorgefristen Abendstunden von seinem Laden aus, wie ein Mann in ein Seitengeschäft ging und dort eine Kleinigkeit kaufte, dann den Laden schnell verließ und zu einem zweiten Mann, der in der Nähe mit Fahrrädern wartete, eilte und ihm die gekauften Waren und das zurückgehaltene Wechselgeld übergab. Der Geschäftsmann vermutete ganz richtig, daß der Mann Falschgeld in Zahlung gegeben hatte und verfolgte ihn. Dabei beobachtete er weiter, daß derselbe Mann jetzt einen Gemüse-Keller in einer Seitenstraße der Alexandrinenstraße aufsuchte und dort wieder eine Kleinigkeit kaufte. Er erkundigte sich, nachdem der Mann den Laden verlassen hatte, was dieser gekauft, und ließ sich gleichzeitig das Geldstück zeigen. Dabei konnte dann festgestellt werden, daß der Unbekannte mit einem falschen Zweimarkstück bezahlt hatte. Der Geschäftsmann ging nun den beiden Männern nach und verständigte noch einen Postanten, der ihm entgegenkam, von seinen Beobachtungen, der sich ihm darauf bei der Verfolgung angeschlossen. Am Ende der Alexandrinenstraße konnten sie die beiden Männer einholen und den einen — und zwar den Käufer der Waren — festhalten und der Polizei übergeben, während der zweite entkam.

Auf der Wache gab der Festgenommene zunächst einen falschen Namen an, konnte aber als der 30jährige Lötzer Georg König festgestellt werden. König wohnt seit zweieinhalb Jahren in Berlin, ist aber nicht gemeldet. Man weiß auch nicht, wo er in der letzten Zeit vor seiner Festnahme übernachtete. Dies zu erfahren, ist für die Polizei sehr wichtig. Die Falschgeldzentrale im Reichsbankgebäude erbittet unter Referat 3789 Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden.

Das Einschränkungsprogramm der VBS.

Zu den Pressemeldungen über Verkehrseinschränkungen bei der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft wird von dem Städtischen Nachrichtenamt darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Einschränkungsprogramm, wie wir bereits mitteilten, um den ersten Vorschlag der Direktion an den Aufsichtsrat handelt. Nachdem ein Unterausschuß (für Verkehrsfragen) des Aufsichtsrats in erster Besetzung zu diesen Vorschlägen Stellung genommen hat, wird die Direktion für die zweite Beratung, die voraussichtlich in der nächsten

Werkstudent auf Zimmersuche.

Solidarität sozialistischer Studenten. — Ein schwerer Kampf.

Am 1. November beginnt das neue Semester, und das Wohnungsamt für parteigenössige Studenten (Sozialistischer Hochschul-ausschuß) hat allerlei Sorgen, seine Mitglieder, die aus Sachsen, Schlesien, Pommern, Ostpreußen, aus dem Ruhrgebiet, ja sogar aus Vettland kommen, unterzubringen. Nicht etwa, daß Zimmermangel herrschte; auf eine einzige Notiz im „Vorwärts“ haben über hundert Parteigenossen Zimmer in sämtlichen Stadt- und Vorortgegenden Berlins angeboten, bloß der studentische Geldbeutel hat die chronische galoppierende Schwindsucht und wenn einer über eine Monatsrente von ganzen 20 M. verfügt, da reißt die Zimmermiete nicht bloß ein großes Loch, sondern der Betrag reicht noch nicht einmal dafür aus.

Die Zimmerpreise schwanken zwischen 25 bis 35 M. einschließlich Morgentasse, und für 75 M. kann man sogar schon Vollpension bekommen. Aber erst muß man zusehen, irgendwelche praktische Arbeit zu erwischen. Das aber ist das schwierigste Kapitel in einer Zeit, wo immer mehr Menschen überflüssig werden; dazu kommt der bevorstehende Winter mit seinen Schreden in Gestalt der eiskalten Bude, denn eine regelmäßige Heizung würde den ohnehin schwer erdwiniglichen Mietpreis um ein Gewaltiges erhöhen. So sucht man tagsüber den Aufenthalt in Hörsälen und Bibliotheken nach Möglichkeit auszudehnen, denn dort ist es warm und man kann arbeiten. Leider sind die Wohngelegenheiten im Zentrum der Stadt allzu teuer, und die meisten Studenten sind gezwungen, täglich nach der Universität fahren zu müssen; wer die Stadtbahn benutzen kann, ist noch gut dran, denn da gibt es ein ermäßigtes Monatsabonnement für 4,50 M., während alle anderen Fahrgelegenheiten nur auf Grund besonderer Fleißzeugnisse in beschränktem Maße Fahrvergünstigungen gewähren.

Das Fleißzeugnis macht sich bezahlt.

Des Werkstudenten Mittagsstapel ist auch nicht allzu reichlich gedeckt; kann er den regulären Menüpreis von 60 Pf. in der Schloßküche oder im Studentenwerk erschwingen, dann ist er schon als Krösus anzusprechen, sonst muß er sehen, sich wiederum durch den Besitz von Fleißzeugnissen die Ermäßigung auf 15 Pf. zu erwerben. Ein Fleißzeugnis erlangt man durch die gut bestandene Schlussprüfung eines wöchentlich vierstündigen Kollegs; hat man die gute Note in Händen, dann prüft das Wirtschaftsamt nochmals genauestens die Bedürftigkeitsfrage.

Der sozialistische Hochschulausschuß sucht nach Möglichkeit, die wirtschaftliche Not seiner Mitglieder durch Arbeitsvermittlung, Freistücke, kleineren, langfristige Darlehen zu mildern, trotzdem ist natürlich das Geld sehr groß, denn alle Anspruchlosigkeit und Arbeitsfreudigkeit sind der Schwere der Zeit nicht gewachsen; die Aussicht auf Nachhilfestunden ist unendlich gering, die Ausschüttigkeit bei der Reichspost hat ganz aufgehört und auch alle anderen, wenn noch so ausgefallenen Verdienstmöglichkeiten werden täglich rarer. Dit

Woche stattfindet, Minderungsanträge vorlegen. Das Ergebnis dieser Beratungen wird dann im Aufsichtsrat der VBS, die Grundlage für die endgültige Beschlussfassung sein.

Die fliegende Kiste.

Wie ein Flugzeugamateur sich zu helfen mußte.

Der Besitzer einer Autoreparaturwerkstätte in Troppau, Franz Kratochwil, ein begeisterter Flugzeugamateur, hat sich ein Flugzeug gebaut, das eine eigenartige Konstruktion aufweist.

Der Rumpf des Flugzeuges besteht aus gewöhnlichen Latten und Kistenbrettern, auf denen ein Stück Leinwand mit Nägeln befestigt ist. Die Flügel sind durch Eisenstäbe am Rumpf befestigt und mit Nägeln angeschlagen. Als Flügelstützen dienen dünne Fichtenstämme. An Stelle der Stahlseile zur Führung des Steuerers hat Kratochwil zwei Drähte befestigt, die er benutzte wie ein Kutscher die Zügel. Den Propeller verfertigte er aus zwei Stücken Hartholz. Als das Flugzeug anfänglich nicht das Gleichgewicht hielt, half sich der erfindungsreiche Flugzeugbauer damit, daß er an dem einen Flügel ein Brett anbrachte. Vor kurzem unternahm Kratochwil mit seinem eigenartigen Flugzeug einen Flug nach Dinnig; es herrschte ein so ungünstiges Wetter, daß nicht einmal die Militärflugzeuge flogen. Als er in Dinnig eintraf, bemerkte er, daß das ganze Flugzeug verbogen war, und als er das Höhensteuer in die Hand nahm, blieb es ihm in der Hand stecken. Er mußte das Flugzeug zerlegen und mit einem Auto nach Troppau zurückbringen. Kratochwil erreichte mit seinem höchst primitiven Apparat, der mit einem Benzinmotor von 20 Pferdestärken versehen war, eine Stundengeschwindigkeit von 120 Kilometer und eine Höhe bis zu 900 Meter.

kommt es vor, daß einer, der körperlich nicht allzu stabil ist, seine Kräfte bei dem täglichen Brotwerb vollends verausgabt, so daß er nicht mehr in der Lage ist, sein Studium zu bewältigen und auf diese Weise auch mal ein Semester verliert.

Es ist ein schwerer wirtschaftlicher Kampf, den diese jungen Menschen, die meist aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen hervorgegangen sind, auszufechten haben, um sich das Wissen anzueignen, das sie später einbringen wollen für die Erringung des Sozialismus.

Die höheren Studiengebühren.

Protest der sozialistischen Studentenschaft.

Vom Hauptvorstand der Sozialistischen Studentenschaft erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat eine Erhöhung der allgemeinen Studiengebühren von 85 auf 100 Mark pro Semester angeordnet. Die Rotlage des preußischen Staates ist groß, und es ist anzuerkennen, daß es trotz der Finanzkrise bis heute gelungen ist, den wissenschaftlichen Betrieb der Hochschulen in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Die jetzt vorgenommene Erhöhung der Gebühren bedeutet jedoch nur eine sehr geringe Entlastung des Kultusstats. Der preußische Staat zahlt im Durchschnitt für jeden Studenten im Jahr rund 1200 Mark. Es bedeutet also für den Hochschulstudenten kaum eine Entlastung, wenn jeder Student 30 Mark mehr zur Deckung der dem Staat entstehenden Aufwandsaufbringungen muß.

Es soll mit der Gebührenerhöhung nicht in erster Linie eine Entlastung des Stats, sondern eine Abdämmung der Hochschulüberfüllung erreicht werden. Die Mehrzahl der jungen Abiturienten wird das Studium beginnen trotz der Erhöhung. Betroffen werden nur die Arbeiterstudenten, die schon bei Beginn des Studiums mit jedem Pfennig rechnen müssen. Die Durchführung dieser unsozialen Maßnahme wird zweifellos eine Verschärfung des Kampfes der nationalsozialistisch eingestellten Studenten gegen den heutigen Staat und seine Anhänger auf den Hochschulen in der Studenten- und Professorenwelt zur Folge haben. Seit Jahren führen die rechtsradikalen Studenten unter Führung der Nazis und mit ihnen die Kommunisten einen erbitterten Kampf gegen die preußische Hochschulverwaltung. Selbstverständlich werden die Nationalsozialisten die Gebührenerhöhung zum Anlaß nehmen, um in ihrer bekannnten üblichen Art gegen Brechen zu demonstrieren. Es ist ohne weiteres klar, daß die schädigenden politischen Nachwirkungen dieser relativ geringen finanziellen Entlastungen des Stats in keiner Weise entsprechen.

So wird es gemacht.

Kommunistische Beleidigungsprozesse am laufenden Bande.

Das kommunistische „Volksecho“ brachte einen Sig-redakteur. Natürlich mußte es ein Reichstagsabgeordneter sein; er war ja immun und konnte nicht festgesetzt werden. Herr Pappe wurde also Sigredakteur. Nun konnte das „Volksecho“ den Mund voll nehmen und schimpfen und beleidigen, so viel das Herz begehrt, und es legte sich natürlich keine Beschränkung auf. Da war es der Landrat von Osthavelland, Siering, der angeblich „Kant-mördern Vorlauf geleistet“ hatte, — hier passierte dem „Volksecho“ ein Malheur: der Angriff galt eigentlich dem Landrat von Westhavelland, der Staatsminister a. D. Siering war aber Landrat von Osthavelland —, dann wieder bestand der Magistrat von Templin aus lauter „Trotteln“, der Bürgermeister Häßlinger sollte „Erwerbslose verhöhnt“ haben, der Chefarzt des Krankenhauses Rauen Dr. Krone eine Prostituierte gegen ihren Willen operiert haben — „man geht ins Krankenhaus Rauen gesund hinein und kommt krank heraus“, hieß es; der Pfarrer Jech wurde als Vagabund hingestellt, der Stadtrat von Suben war „gekauft“, Polizeibeamte waren Bestien und Volksechosaten und dergleichen mehr. Sieben Privatbeleidigungsakten wurden vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt. Herr Pappe war monatelang unauffindbar; die Hauptverhandlung konnte nicht durchgeführt werden. Schon am 9. Oktober vorigen Jahres stand der Termin an, am 22. September erhielt Herr Pappe die Ladung, am 27. trat er aber sein Engagement — wie sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Fritz Böwenslein das nannte — nach Rußland an, ohne das Gericht davon in Kenntnis zu setzen. Auch sein Anwalt war nicht informiert worden. So blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als im April d. J. Haftbefehl zu erlassen. Als Herr Pappe nach Absolvierung seines Engagements in Rußland nach Landsberg a. d. Warthe, wo er zu Hause ist, zurückkehrte, wurde er verhaftet.

Der Staatsanwalt beantragte Strafen von einer bis drei Wochen Gefängnis, das Gericht verurteilte den Angeklagten für sämtliche sieben Beleidigungsfälle zu Strafen, die zusammen zwei Wochen Gefängnis und tausend Mark Geldstrafe ausmachen. Wegen weiterer sechs Beleidigungen verurteilte dasselbe Schöffengericht den Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis und 750 Mark Geldstrafe.

Zwei Verkehrsschupos überfahren.

In den gestrigen Abendstunden wurden zwei Verkehrsschupos von Privatautos angefahren und erheblich verletzt. Der erste Unfall ereignete sich um 18 Uhr am Bahnhof Hertzstraße, wo der Oberwachmeister Riecke seinen Dienst verlor. Der Beamte wurde von einem in schneller Fahrt herankommenden Auto erfasst und zu Boden geschleudert. Mit einem Rippenbruch mußte der Verletzte ins Wilmersdorfer Hildegard-Krankenhaus gebracht werden. Der zweite Unfall trug sich an der Ecke Kaiserdomm und Königsweg in Charlottenburg zu. Dort wurde der Polizeioberwachmeister Heintze, der auf der Straßenecke das Verkehrssignal bediente, gleichfalls von einem Privatauto angefahren. Mit erheblichen Verletzungen wurde H. von einem Kameraden fortgebracht.

Vermisster Schüler.

Seit dem 13. Oktober wird der 14jährige Schüler Karl Stein, der bei seinen Eltern in der Ruppiner Str. 1 wohnt, vermisst. Der Junge ist 1,88 Meter groß, hat dunkelblondes, links geschichtes Haar und war mit einem Ledermantel, dessen Farbe nicht bekannt ist, einem braun-großen Jackett, brauner Ankleide, weißen Sporthemd, grau-braunen Stutzen und braunen Halbhoschen bekleidet. Nachrichten, die zu seiner Ermittlung führen, erbittet die Vermittlungsstelle im Polizeipräsidium.

Nazi und Wohlfahrtspfleger.

Aus der Fülle der Zuschriften, die uns unsere Publikationen über die Nazi-Kasernen und ihre Bewohner einbrachten, veröffentlichen wir die folgende Schilderung eines Wohlfahrtspflegers über seine Begegnung mit einem Nazi.

In der Sprechstunde des Bezirksvorstehers erscheint ein Herr und gibt an, kein Geld mehr zum Leben zu haben. Am Tage vorher habe er eine Anstellung als Reisender erhalten, und er brauche Geld. Da die vorgelegten Papiere die Auslagen bestätigen, erhält er 10 Mark, um sich bis zur ersten Lohnzahlung über Wasser halten zu können. Am nächsten Tage ist der Herr wieder da. Er will wiederum Geld haben. „Wo sind die 10 Mark geblieben, die Sie gestern erhalten haben?“ fragt der Bezirksvorsteher. „Die hat mir gleich der Wirt abgenommen, bei dem ich Schulden hatte, er hat schon vor der Tür auf das Geld gewartet!“ ist die Antwort. Als der Bezirksvorsteher darauf erwidert, er könne kein Geld mehr geben und ihn an das Wohlfahrtsamt zu verweisen, geht es los: „Ich war im Felde Offizier, ich habe wegen politischen Bergehens schon zwei Jahre gefessen, ich werde mich Geld schon bekommen, ich war beim Stadtrat und beim Bürgermeister, ich habe gute nationale Freunde...“ Der on-wesende Wohlfahrtspfleger greift ein: „Nun beruhigen Sie sich man, der Vorsteher kann Ihnen tatsächlich nur einmal Geld geben. Kommen Sie, wir gehen in Ihre Wohnung, ich werde dort Ihre Verhältnisse prüfen und noch heute den Bericht für das Wohlfahrtsamt fertig machen.“

Auf unser Klingeln öffnet die Wirtin. „Wo haben Sie denn die Schlüssel, Herr X?“ fragt sie. „Die habe ich bei meinem Freund liegen gelassen“, antwortet er. Als wir aber allein in seinem Zimmer sind, offenbart der Herr sein „Annerkes“: „An dem gegenüberliegenden Café habe er 3 Mark Schulden gemacht und als Pfand die Schlüssel dort gelassen. Er wohne hier seit drei Tagen, an Miets habe er 3 Mark angezahlt, sich aber 1 Mark wiedergeben lassen. Er sei Nationalsozialist, habe gute Verbindungen, im Sturmlokal 23 (gemeint ist das Lokal in der Kaiser-Friedrich-Straße 23 in Neukölln) habe er sich immer aufgehalten und auch dort gegessen. Den Wirtstochter der Firma, bei der er vor zwei Tagen in Arbeit getreten sei, habe er schon ver-fetzt. Er habe mehrere Anzeigen wegen Schprellerei.“ Wählig hält er inne mit seinen Prahlereien und fragt: „Meinen Sie, daß ich noch Geld bekomme?“ Auf die Antwort, daß dies vom Wohlfahrtsamt entschieden werde, entgegnet er: „Ich würde mich sonst sofort im Bezirk Kreuzberg anmelden und dort einen neuen Antrag stellen!“

Der Wohlfahrtspfleger verabschiedet sich und geht. Als er eine halbe Treppe runter ist, kommt die Wirtin nachgelaufen und fragt: „Wenn Herr X morgen wieder hier ist, kann ich mir dann einen anderen vom Sturmlokal holen?“ Die Antwort des Pflegers, daß er mit diesen Leuten nichts zu schaffen habe, macht die Frau stumm.

Auch Frankreich voll in der Krise.

650 000 Arbeitslose — 2 500 000 Kurzarbeiter.

Die französische Republik, die bislang von der Weltkrise verschont schien und von den bürgerlichen Rationalisten als das klassische Beispiel für die Möglichkeit einer autarken (selbstgenügsamen) Wirtschaft zitiert wurde, ist jetzt mitten im Strudel der Weltkrise. Léon Blum schätzt auf Grund amtlicher Erhebungen im „Populaire“, daß Frankreich am 1. August 650 000 Arbeitslose und 2 500 000 Kurzarbeiter zählte. Seitdem hat sich die Lage noch schnell verschärft.

Während alle Länder der Welt unter der Geißel der Weltwirtschaftskrise litten, schien es, daß Frankreich dank seiner ausgedehnten Agrarwirtschaft eine Insel in der kapitalistischen Unordnung sei. Die Arbeitslosenziffern, die bis zum Frühjahr bekannt wurden, waren völlig irreführend. Sie gaben nicht den geringsten Anhaltspunkt für die wirkliche Situation, da die Statistik nur die Arbeitslosen bei den Unterstützungskassen anführte. Geradezu lächerliche statistische Angaben (1484 Arbeitslose im Januar 1930 und 11 952 Arbeitslose im Dezember 1930) veranlaßten die französische sozialistische Partei zu einem Druck auf die Regierung zur Schaffung einer Statistik, die ein genaues Bild vom Arbeitsmarkt in Frankreich gebe. Das Reueinander von privaten Stellenanzeigen und staatlichen Arbeitsämtern, die von den Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbänden gemeinsam verwaltet werden, machte eine zahlenmäßige Erfassung der Erwerbslosen unmöglich. Frankreich kennt auch wie Amerika noch keine Arbeitslosenversicherung.

Jetzt sind endlich wichtige Anhaltspunkte geschaffen. Das Arbeitsinspektions- und Bergwerksaufsichtsamt kontrollieren die ihnen unterstellten Betriebe mit Belegschaften von mehr als 100 Angestellten. Die Belegschaftsziffern der Jahre 1930 und 1931 wurden ins Verhältnis gesetzt und so die Arbeitslosenzahl errechnet.

Betriebe mit mehr als 100 Personen	Belegschaft		Differenz = Arbeitslose	Kurzarbeiter	
	1930	1931		berechnet auf die Belegschaft 1931	Proz.
1. Jan.	5 643	1 887 427	1 806 649	80 778	4,4
1. März	8 181	2 842 064	2 688 613	153 451	5,4
1. Juli	8 415	2 831 894	2 647 563	188 831	6,5
1. Aug.	2 433	2 814 752	2 596 752	218 694	8,4

Léon Blum kommt im „Populaire“ auf Grund dieser Ziffern, die dieser Tage in der „Voix du Peuple“ veröffentlicht wurden, zu Resultaten, die auf die tatsächliche Lage in Frankreich ein höchst bedeutsames Licht werfen.

Die offiziellen Nachprüfungen bezogen sich nur auf die Betriebe, die mehr als 100 Arbeiter oder Angestellte beschäftigen. Sie lassen also die Lohnempfänger, die in Betrieben mit weniger als 100 Angestellten und Arbeitern arbeiten und jene, die daheim arbeiten, außer acht. Die Frage, ob ein gleiches Verhältnis von Arbeitslosen in diesen beiden anderen Kategorien vorhanden ist, ist nach Blum zu bejahen. „Wenn man aber der zweiten und dritten Kategorie gegenüber das gleiche Verhältnis zuzieht, das aus der oben angeführten Aufstellung für die erste Kategorie vorhanden ist — das heißt 8,4 Proz. völlig Arbeitslose und 33 Proz. Kurzarbeiter für den verflochtenen 1. August — so gelangt man zu folgendem Resultat: es sind mehr als 650 000 völlig Arbeitslose und 2 500 000 Kurzarbeiter für die Gesamtheit der französischen Arbeiterchaft festzustellen.“ So Léon Blum.

Die Statistik und ihre Erweiterung durch Léon Blum ist durch die Entwicklung aber bereits überholt.

Warum die Krise langsam kam.

Für Frankreich war es bisher ein Vorteil, daß die Industrialisierung nicht den gleichen Grad erreicht hat wie in England und Amerika, daß also die internationale Absatzkrise der Industrie dort nicht so katastrophal auf die Lage der Gesamtwirtschaft einwirkte wie in anderen Ländern. Ferner verfügen nicht nur der Staat, die Bank von Frankreich, die großen Privatbanken, sondern auch die industriellen Unternehmungen und die Mehrzahl der Bevölkerung über größere Reserven als andere Länder. Frankreich hat auch das Geld wesentlich vorsichtiger angelegt als z. B. Deutschland. Man hat Investitionen großen Stils nach Möglichkeit vermieden. Der Vorteil einer solchen Industriepolitik war eine geringere Verschwendung der Unternehmungen, statt dessen das Vorhandensein größerer flüssiger Mittel. Ein Nachteil war, daß die französische Industrie auf dem Weltmarkt vielfach weniger wettbewerbsfähig war. Einige Jahre hatte es zwar gedauert, bis der französische Franken, der auf ein Fünftel seines Vorkriegswertes stabilisiert wurde, die entsprechende Anpassung der Löhne, der Produktionskosten und der Warenpreise nach sich zog; dann aber ging die außerordentliche Billigkeit französischer Waren, durch die ihnen viele Märkte geöffnet worden waren, verloren.

Die Entwicklung im Jahre 1931.

Die schnelle Verschlechterung der französischen Außerhandelsbilanz ist vielleicht die gefährlichste Folge dieser Umwälzung. In den ersten acht Monaten des Jahres 1931 betrug der Wert der französischen Einfuhr 30,03 Milliarden Franken gegenüber 34,99 Milliarden Franken in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Rückgang betrug also 4,96 Milliarden Franken. Die Ausfuhr ist in dem angegebenen Zeitraum von 29,31 auf 20,97 Milliarden Franken zurückgegangen, d. h. um 8,34 Milliarden Franken. Der Ueberschuß der Einfuhr belief sich in den ersten acht Monaten des Jahres auf 5,88 Milliarden Franken, d. h. nahezu 1 Milliarde Mark. In der gleichen Zeit des Jahres 1931 betrug er aber bereits 9,06 Milliarden Franken oder etwas über 1½ Milliarden Mark.

Die französische Steinkohlenförderung betrug im ersten Halbjahr 1931 25,65 Millionen Tonnen gegenüber 27,17 Millionen im ersten Halbjahr 1930. Der Rückgang beträgt 5,6 Proz. Die Kohleerzeugung ist arbeitstäglich von 27 800 Tonnen im Juli 1930 auf 21 900 Tonnen im Juli 1931 zurückgegangen; der Rückgang beträgt also 21 Proz. Die arbeitstäglich produzierte Kohle sank von 29 300 Tonnen im Juli 1930 auf 25 000 Tonnen im Juli 1931, was einen Rückgang von etwa 15 Proz. bedeutet.

Besonders groß ist die Verschlechterung im Bauwesen. Der Bau von Wohnhäusern ging in den ersten sieben Monaten des Jahres verglichen mit dem Vorjahre, um 42 Proz. der Bau von industriellen Anlagen um 34 Proz. zurück.

Beinahe ausschließlich gut steht noch die Elektroindustrie, die auf dem stark wie auf dem Schwachstromgebiet noch recht umfangreiche Aufträge hat. Der Ausbau des Fernleitungs- und

Verteilungsnetzes für elektrischen Strom, die Errichtung von Wasserkraftwerken und vor allem der elektritätswirtschaftliche Ausbau in den französischen Kolonialgebieten wirkten hier günstig.

Bereits im Juni dieses Jahres lag die industrielle Produktion Frankreichs mindestens um 10 Proz. niedriger als im Juni des Vorjahres. Im Rückgang der Elektrizitätsverwendung spiegelt sich der Konjunkturrückgang sehr markant wider; im April lag die französische Stromerzeugung um etwa 12 Prozent, im Mai dagegen schon um 17 Prozent unter den entsprechenden Zahlen für 1930.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1930 hatten die sieben französischen Eisenbahngesellschaften, bei denen der Eisenbahnverkehr Frankreichs im wesentlichen konzentriert ist, Einnahmen in Höhe von 10,37 Milliarden Franken, das sind 962 Millionen Franken oder rund 9 Proz. weniger als im vergangenen Jahr. Der Frachtverkehr läßt von Monat zu Monat weiter nach.

Die Weltereignisse der jüngsten Zeit

Die französische Wirtschaft noch stärker beeinträchtigen. Die französischen Fabrikanten werden ihre Waren noch schwerer als bisher ins Ausland absetzen können. Eine besondere Erschwerung für die weitere Entwicklung ist das Umschlagen der Vertrauenskrise auch in Frankreich. Die Zahlungsschwierigkeiten bei zwei Pariser Großbanken haben im französischen Publikum eine tiefgreifende Beunruhigung hervorgerufen: In großem Umfange werden jetzt auch in Frankreich von den Sparkassen und den Banken die Sparguthaben abgehoben, man hamstert statt dessen Banknoten und, so weit dies möglich ist, auch Gold.

Eine weitere große Schwierigkeit wird im kommenden Jahr der Staatshaushalt bereiten. Schon im laufenden Finanzjahr hat Frankreich einen versteckten Fehlbetrag, und im kommenden Jahr wird es zu einem offenen Defizit von mehreren Milliarden Franken kommen. Der Staat wird dann, entgegen seiner bisherigen Praxis, die Steuern auch auf Kosten der Wirtschaft erhöhen müssen.

Es wäre eine Dummheit, wollte man sich in Deutschland darüber freuen, daß nun auch Frankreich seine Krise hat, und daß diese Krise ganz offensichtlich noch im Zunehmen begriffen ist. Die nationalsozialistische Heißheie aber von dem durch Deutschlands Unglück im Wirtschaftsglück schlenmenden Frankreich ist erbedigt.

Geldhamstern in USA.

Die New-Yorker Banken verlieren in 2 Monaten 3½ Milliarden Mark Depositen.

Angeichts der in den Vereinigten Staaten als Folge der Bankentriebe festgestellten Bargeidhamsterei dürfte der neue Ausweis des Bundesreservanteins interessieren. Ihm ist zu entnehmen, daß der Zahlungsmittelumlauf in USA. seit Ende Juni dieses Jahres um 600 Millionen Dollar und damit seit Jahresfrist um rund 1 Milliarde auf 5,43 Milliarden Dollar zugenommen hat. In einem Kommentar zu diesen Ziffern bezeichnet

das Bundesreserventeam diese Ausweitung im Hinblick auf die Abnahme der Barenumläufe und die Senkung des Preisniveaus als im höchsten Grade anormal. Das Bundesreserventeam veranschlagt die Bargeidhamsterei des Publikums mit etwa 1 Milliarde Dollar. Im Rahmen der allgemeinen Zunahme der Zahlungsmittelumlaufs ist übrigens in letzter Zeit auch eine erhebliche Steigerung des Goldmünzenumlaufes zu verzeichnen er ist seit Anfang dieses Jahres um 24 Millionen auf 376 Millionen Dollar gestiegen. Diese Zahlen beweisen, daß das Hamstern von Goldmünzen bereits erheblichen Umfang angenommen hat, und liefern damit eine Erklärung für die von der New-Yorker Bundesreservobank soeben beschlossene Sperrung der Abgabe von Goldmünzen.

Der Depositenbestand der New-Yorker Banken hat sich in diesem Jahre, namentlich in der letzten Zeit, infolge der Depositenabhebungen und Bargeidhamsterei des Publikums stark verringert. Den neuen Bankbilanzen ist zu entnehmen, daß der Depositenbestand der zehn größten New-Yorker Banken von 5163 Millionen Dollar zu Beginn des laufenden Jahres auf 7733 Millionen Mitte des Jahres und im Laufe des dritten Quartals 1931 weiter auf 7270 Millionen Dollar zurückgegangen ist. Diesen zehn Großbanken sind somit in diesem Jahre Depositengelder im Gesamtbetrag von 893 Millionen Dollar oder rund 3,75 Milliarden Mark entzogen worden, wobei allein die Depositenabzüge im dritten Quartal 483 Millionen Dollar oder über 2 Milliarden Mark betragen.

New-Yorker Zinsfuß für französische Depositen.

Die New-Yorker Banken haben förmlich vereinbart, den Zinsfuß für Depositen der Bank von Frankreich nicht über den gegenwärtigen Satz zu erhöhen.

Zahlungseinstellung der Bayerischen Beamten-Genossenschaftsbank. Die Bayerische Beamten-Genossenschaftsbank, München, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Bank wird das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragen. Der Status, der von einem Treuhänder geprüft werden soll, ist nach Erklärung der Bank bei einer einigermaßen angemessenen Bewertung des Grundstücks als aktiv anzusehen. Der Grund für die Illiquidität des Instituts liegt, wie gesagt wird, darin, daß seit den Bankferien im Juli dieses Jahres keinerlei Einlagen, aber sehr erhebliche Abhebungen erfolgt sind, die sich nach steigerten, als wiederholte Kürzungen und die Halbierung der Auszahlung der Beamtengehälter eintraten.

Auch Aluminiumwaren-Industrie spürt die gesunkene Kaufkraft. Der Inlandsabatz der Aluminiumwaren-Industrie ist bis Ende August auf dem deutschen Binnenmarkt ganz erheblich gesunken. Bei Haushaltswaren macht sich eine ausgesprochene Abwanderung des Konsums zu billigen Qualitäten bemerkbar. Die Politik des Handels, die auf starke Lageräumung gerichtet ist, hat die Abwärtsbewegung im September noch verringert, so daß eine nicht unerhebliche Borraststeigerung eingetreten ist. Das Exportgeschäft hat sich noch auf gehalten und dürfte mengenmäßig den Stand des Vorjahres erreichen. Billige Massenware wird auch auf den Auslandsmärkten bevorzugt.

So arbeiten Wirtschaftsführer!

Gesunde Zechen durch Fehlinvestitionen erdrückt.

Wir haben bereits vor einiger Zeit (vgl. „Vorwärts“ Nr. 445 vom 23. September) auf die Wirtschaft im Bergbaukonzern Ewald-König Ludwig hingewiesen, die ein Schulbeispiel für die in der Schwerindustrie übliche Finanzpolitik darstellt.

Die Gewerkschaft Ewald war bis vor wenigen Jahren weiteren Kreisen der Öffentlichkeit völlig unbekannt. Die Auffangpolitik dieses Unternehmens — die Angliederung der Gewerkschaft König Ludwig und Langenbrunn — haben Ewald jedoch zu einem der wichtigsten Zechenkonzerne Deutschlands gemacht, dessen Syndikatsquote mit 7,35 Millionen Tonnen die zweite Stelle hinter der führenden Harpener Bergbau A.G. einnimmt.

Bisher hatte Ewald als Gewerkschaft keine Bilanz veröffentlicht, so daß der jetzt vorgelegte Nachweis für 1930 die erste Jahresbilanz darstellt, die der Öffentlichkeit Einblick in die Verhältnisse dieses Zechenkonzerns gibt.

Der Eindruck der Ewald-König-Ludwig-Bilanz ist, mit einem Worte, niederschmetternd.

Bei Ewald sind kurzfristige Schulden von rund 42 Millionen und bei König Ludwig in Höhe von über 38 Millionen Mark vorhanden. Demgegenüber belaufen sich die Forderungen bei beiden Gesellschaften auf noch nicht 7 Millionen Mark. Inzwischen sind seit dem Bilanzstichtag vom 31. Dezember weitere Schulden aufgelaufen, so daß die gesamte kurzfristige Verschuldung des Konzerns dicht an 90 Millionen herankommen dürfte.

Hier von sind etwa 70 Millionen Bankschulden.

Die eigentliche Kraftquelle des Konzerns liegt in der Kohlenförderung. Im vergangenen Jahr wurden bei den Zechen von Ewald 2,39 Millionen Tonnen und bei König Ludwig 1,39 Millionen Tonnen Kohle zutage gefördert. Die Gesamtförderung belief sich also im letzten Jahr auf rund 3,69 Millionen Tonnen. Inzwischen hat sich, wie die monatlichen Ausweise der Kohlenförderung zeigen, die Situation im Ruhrbergbau ganz betrüblich verschlechtert. Wenn man den Rückgang der Kohlenförderung bei dem Ewald-Konzern für 1931 auf etwa 20 Proz. bemittelt, so würde das für das laufende Jahr nur noch eine Fördermenge von knapp 3 Millionen Tonnen ergeben. Rechnet man ganz vorläufig eine jährliche Durchschnittsbelastung des Unternehmens mit Bankzinsen von 9 Proz., so machen allein die 70 Millionen Bankschulden eine Jahresbelastung von 6,3 Millionen Mark aus.

Es würde also bei der reichlich optimistisch eingeschätzten Kohlenförderung von knapp 3 Millionen Tonnen für dieses Jahr jede Tonne geförderte Kohle mit 2,13 Mark vorbelastet sein, das sind mehr als 13 Proz. der überhöhten inländischen Kohlenpreise.

Diese verheerende Finanzlage ist die Folge einer sinn- und planlosen Expansionspolitik, die seit fünf Jahren der gesamten rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ihren Stempel aufgedrückt hat. Ewald hat Ende 1928 eine neue Schachtanlage gebaut, die zu den teuersten und modernsten ihrer Art im Ruhrgebiet gehört. Im Juli dieses Jahres hat man diese kostspielige Anlage aber wieder stillgelegt. Zugleich hat man bei König Ludwig eine neue Doppelschachtanlage errichtet, deren Förderung nur durch Abdrosselung der übrigen bisher recht wirtschaftlich arbeitenden Anlagen voll in Betrieb erhalten werden konnte. Damit nicht genug wurde Ende 1928 noch eine große Stichtofabrik errichtet, die nach dem Kostenaufschlag etwa 7 Millionen betragen sollte. Der Bau dieses Wertes hat aber rund 17 Millionen, also weit mehr als das Doppelte, erfordert. Dieser gewaltige Betrieb, dessen Bau bereits in eine Zeit stark abklingender Stichtofabrikation fiel, kann heute nur zu einem Drittel seiner Leistungsfähigkeit ausgegüht werden.

Alle diese riesigen Neuanlagen sind mit kurzfristigen Bankkrediten finanziert worden.

Außerdem aber hat Ewald den Ankauf von König Ludwig gleichfalls nicht aus eigenen Mitteln, sondern mit Bankgeldern bezahlt. Trotz der damals phantastisch hohen Börsenkurse, die die Auxe von König Ludwig auf 30 000 Mark je Stück hinaufgetrieben hatten, bezahlte Ewald seinerzeit etwa 45 000 Mark je Stück. Heute werden diese Auxe etwa noch mit 10 000 bis 11 000 Mark das Stück bewertet. Diese Auxe stehen in der Bilanz mit 15 Millionen Mark zu Buche. Wieviel wird ihr heutiger Zeitwert noch betragen?

Es zeigt sich hier bei Ewald mit erschreckender Deutlichkeit, wie an sich gesunde Zechenbetriebe durch eine sinn- und planlose Expansionspolitik mit einer Schuldenlast behängt werden, die jede Rentabilität ausschließt. Hier liegt eines der Geheimnisse, warum die Schwerindustrie an der Ruhr von ihren Monopolpreisen inmitten der schärfsten Krise nicht herunter will und ein Angriff nach dem anderen auf die Löhne unternommen wird. Mit dem Schlagwort „Selbstkostenlenkung“ ist es der Schwerindustrie gelungen, die Regierung für ihre Zwecke einzulagern und zugleich von dem eigentlichen Krankheitsherd abzulenken. Der Fall Ewald steht nicht allein. Die bevorstehenden Wühlkäse des Stahlkrises, der Harpener Bergbau und der anderen Montankonzerne werden ein ähnliches Bild zeigen.

Der Schwerpunkt der deutschen Krise liegt in der völlig unzureichenden und desorganisierten Schwerindustrie, und jede Krisenbekämpfung muß Stützpunkt bleiben, wenn dieser am Markt der Volkswirtschaft zehrende Krankheitsherd nicht rücksichtslos ausgebraut wird.

Iwan Heilbut: Die Braune

Der Bauer Giene hatte ein paar Kühe auf der Weide und sein Stück Gemüseland — da war es begreiflich, daß er eines Tages auf den Gedanken kam, auf irgendeine Weise er noch etwas hinzuzuerdienen. Die Zeiten sind nicht so, daß ein paar Kühe die Wirtschaft erhalten. Aber wie — wie sollte er die Quelle neuer Einnahmen finden? Er besprach sich mit seiner Frau. Und so kamen sie zusammen zu dem Entschluß, in der Zeitung der nächsten großen Stadt das ländliche Anwesen als Luftenhaft für erholungsbedürftige Städter zu empfehlen. In ihrer Anzeige konnten sie stolz auf die eigene Wirtschaft hinweisen, und es dauerte nicht lange, so traf schon die erste Anmeldung ein. Hurra, der erste Besuch kam an!

Dieser erste Besuch war ein etwa dreißigjähriger Mann namens Rei, Jürgen Rei. Er erzählte, daß er in seinem Beruf als Maler-gehilfe einen Unfall erlitten hätte; infolgedessen wäre ihm durch die Versicherung ein Erholungsurlaub von drei Wochen bewilligt worden. Und so sei er denn da.

Die Geschichte, die ich hier erzähle, geschah im Herbst. Die eigentliche Reisezeit war vorüber; je weiter die Zeit vorrückt, um so weniger war mit der Ankunft eines neuen Gastes zu rechnen. Auch Herr Rei, ein überaus redelustiger Mann, bedauerte das sehr, allein war ihm nun einmal nicht wohl. Da hielt er sich also an Frau Giene, und in ihr hatte er eine sehr freundliche Gesprächspartnerin gefunden. Anstatt in der Sonne zu sitzen oder Spaziergänge zu unternehmen, saß Herr Rei in der Küche auf einem Stuhl. Um sich nützlich zu machen, holte er sogar manchmal beim Kartoffelkochen. Der Bauer, der immer mit einer kurzen Pfeife im Munde herumging, sah Herrn Rei in der Küche und sog an der Pfeife. Aber er sagte nichts. Vielleicht hätte er gern Herrn Rei erjacht, sich nicht so ausgiebig mit seiner Frau zu unterhalten; die Folge davon hätte jedoch sein können, daß Herr Rei seinen Erholungsurlaub verlegte — und dies wollte der Bauer nicht riskieren.

Das ging einige Tage so. Dann kam ein zweiter Gast. Dieser zweite Gast bin ich. Natürlich fiel ich sofort dem redelustigen Herrn Rei in die Hände. Er fing damit an, daß er mir alles, was er und Frau Giene sich inzwischen erzählt hatten, wiedererzählte; daß es sich dabei um Personen und Verhältnisse handelte, die ich nicht kannte, tat seiner Erzählungswut keinen Abbruch. Gleich am Abend meiner Ankunft hatte er mich bereits so dumm geredet, daß ich mir als ein ganz besonders unerfahrener und zurückgebliebener Zeitgenosse erschien. Der Bauer Giene aber sah mit Wohlgefallen zu, wie Herr Rei seine Redelust an mir ausließ.

Am ersten Morgen, nach einer unruhigen Nacht, fand ich unten in der Stube des Herrn Rei bereits auf mich warten. Ein gewaltiger Schreck durchfuhr mich. Das konnte ja eine schöne Erholungszeit für mich werden! Ich fragte ihn, wie lange er hier noch auf Herlen bleiben würde? — Herr Rei sagte diese Frage so auf, als ob ich fürchtete, er müsse allzu bald wieder fort, so daß ich meinerseits dann seine lebenswerte Gesellschaft entbehren müßte. O, da beruhigte er mich gründlich. Noch vierzehn Tage würde ich ihn bei mir haben, sagte er. Und im Anschluß daran erzählte er mir noch einmal ausführlich — zwar hatte er es schon am Abend vorher ausführlich getan, aber diesmal war er eben noch ausführlicher — die Geschichte seines Unfalls. Als er hiermit zu Ende war, erhob ich mich in der Absicht, mich von ihm zu verabschieden. Ich wollte einen Spaziergang machen, bis zur Fähr, vielleicht noch über den Fluß bis zur Mühle.

Aber ich beging die Unvorsichtigkeit, am Ende zu sagen: „Nun, heute mittag sehen wir uns wieder, Herr Rei.“, was Herr Rei prompt als einen schmerzlichen Verzicht meinerseits auf seine angenehme Unterhaltung auslegte. Er erwiderte, sehr gern würde er mich bis zur Mühle begleiten, zumal mir der Weg doch unbekannt wäre.

Auf dem Wege erzählte Herr Rei mir die Geschichte seiner ersten Liebe. Als er damit fertig war, glaubte ich, damit wäre das Thema erschöpft. Nein, das war ein Irrtum. Jetzt fing er von seiner zweiten Liebe an. Auf der Fähr begann er die Geschichte von seiner dritten, bei der Mühle war er schon bei der vierten. Und so ging es weiter. Ueber den ganzen Weg zurück erzählte Herr Rei sein gesamtes Liebesleben, das nun wie eine Sammlung aufgelisteter Schmetterlinge vor mir lag.

Unscheinend hatte ihn das Erzählen besonders hungrig gemacht. Mit einer mörderischen Ekluse stürzte er sich über die Suppenterrine. Aus Dankbarkeit, weil ich ihm zugehört hatte, ließ er immerhin etwas für mich darin. Aber halte ihn seine Redewut ausgehungert, so hatte sie mich in eine bleierne Müdigkeit versenkt. Vor Ermattung fehlte mir der Appetit. Und als ich vom letzten Gericht spärlich gegessen hatte, stand ich auf — ich wollte umgehend in meinem Zimmer Schlaf, Erholung und Sammlung finden von dem Sturz der Liebesgeschichten, der über mich hergeprallt war. Ich kam mir wie ein unglücklicher erlebnisreicher Waffentruke vor, wenn ich an Herrn Reits reichentwickelten Lebens-Liebesroman dachte.

„Befegnete Mahlzeit“, murmelte ich und war an der Tür. „Aber wer in der Hölle ist, entwischt nicht so leicht.“

„Einen Augenblick“, rief Herr Rei und sprang auf, „ich habe Ihnen doch noch gar nicht den Schluß meiner letzten Sache erzählt!“ Die letzte Sache war eine Sache, die eigentlich noch schwebte. Es handelte sich um die Tochter eines Professors — ja, Herr Rei liebte es, hoch hinauf zu greifen, wenigstens in seinen Erzählungen — und er tat, als ob es eine besondere Gnade seinerseits wäre, wenn er sie, die Tochter, zur Frau nehmen würde. Es war eine furchtbar traurige Geschichte. Nämlich die Mutter, also die Frau des Professors, wäre sterblich in ihn, in Herrn Rei, erkrankt. Na, auf so was ließe er, Herr Rei, sich natürlich nicht ein. Aber was die Tochter betraf, so wollte ihr Vater, der Professor, gern einen Studierenden als seinen Schwiegersohn sehen. Darüber zeigte Herr Rei seine berechtigste Entrüstung. Was hat die Liebe mit dem Studium auf der Universität zu tun? fragte Herr Rei. Hier — und er schlug sich mit einer großen Geste aufs Herz —, hier muß es sitzen, hier muß es richtig sein — dann ist alles in Ordnung.

Ich hatte genug. Für die Frau Professor, die der Redegabe Herrn Reits scheinbar tiefste Sympathie entgegenbrachte, vielleicht weil sie ihrerseits von der gleichen leidenschaftlichen Sucht besessen war — für sie hatte ich aufrichtige Bewunderung. Nichtsdestoweniger suchte ich jetzt den Hausherrn, den Bauer Giene. Ich erzählte ihm von meinem Leiden. Herr Rei machte ein prächtiger Mensch sein, ich wünschte ihm das Allerbeste — aber wenn ich auch nur einen Tag länger bleiben sollte, so müßte ein Ausweg gefunden werden, ein Mittel, das Herrn Rei davon überzeugen würde, daß er ein Gift für meine Gemütsruhe wäre. Und wenn dies Mittel in einer offenen Aussprache bestünde — es müßte ergriffen werden. Sonst — adieu.

Der Bauer hatte mich stumm angehört. Er hatte mit dem Kopf genickt, an seiner kurzen Pfeife gezogen und vor sich hin auf die Diele gesehen.

„Ja“, sagte er dann und spuckte aus, „mit unserem Rei, das ist 'ne merkwürdige Sache. Erst heit bei alles an meine Frau verteilt — un nu verteilt er Ihnen daselbe.“

„Wir müssen jemanden finden“, rief ich, „der sich für mich opfert — und wenn wir ihm den Schaden vergüten müssen.“

„Da weiß ich ein ganz einfaches Mittel“, sagte der Bauer langsam und sah vor sich auf die Diele. „Wir machen unseren Herrn Rei verkrüppelt.“

„So? Ist das aber so einfach?“ zweifelte ich; „läßt sich das so hurtig machen?“

„Wo er doch den ganzen Tag lang den Kopf voll von Liebesgeschichten hat...“ fuhr Giene fort. „Lassen Sie mich nur machen. Wenn er verkrüppelt ist, läßt er Sie bestimmt in Ruhe.“

„Das ist richtig!“ rief ich erleichtert. Der Bauer nickte, von dem Gelingen seines Plans scheinbar fest überzeugt.

„Ja“, sagte er, und zum erstenmal während dieser Unterredung sah er mich richtig an, „für ein junges Mädchen sind alle Männer zu haben, was? Sie wohl auch, na?“

„Wenn Sie nur die Sache mit Rei in Ordnung bringen...“ schloß ich ab. „Das ist vorerst alles, was mein Herz sich wünscht.“

Am Nachmittag, beim Kaffeetrinken, ging der Bauer an. Er saß mit uns am Tisch, erzählte von den Nachbarn, und kam wie zufällig darauf zu sprechen, daß drei Höfe weiter ein „ganz übernatürlich hübsches“ Mädchen wohnte, „die Braune“. Sie habe noch immer den Herren aus der Stadt gefallen; und sie selber hätte auch Gefallen an ihnen gezeigt.

Tatsächlich begannen die Augen unseres Herrn Rei zu blitzen, seine Nasenflügel blähten sich außergewöhnlich. Sogleich ließ er sich noch mehreres über die Braune berichten, und der Bauer erzählte verschiedene Sachen, die geradezu aufregend wirken konnten. Als ich mich später für einen Augenblick mit dem Bauer allein auf dem Hof befand, lachte ich ihm wie einem Mitverschworenen zu, weil Rei so ausgezeichnet und muntergemäht auf den Leim ging. Aber der Bauer sah mir steif in die Augen und sagte:

„Was ich von der Braunen erzählt hebb, dat stimmt.“

Ich begriff nicht, weshalb er mich bei diesen Worten so ernst ansah.

Am selben Abend noch sollte ich's erfahren. Herr Rei, in seiner unerlöschlichen Redelust, erzählte mir während eines kleinen Abendspaziergangs, den ich des Kleinsteins

Erich Kunter: Pogrom

Stefan Brus verstummte. Unerwartet war Alexander Gargin ins Zimmer getreten und sagte: „Stefan, du hast mir doch versprochen, nicht mehr darüber zu reden. Warum hältst du dein Verprechen nicht?“

Der Befragte antwortete nicht. Unwillig aber rief Ljuba, Alexander Gargins Frau: „Bin ich denn ein Kind? Du bemühest dich ängstlich, meine Nerven und mein Gemüt zu schonen und mir zu verheimlichen, was meine Brüder und meine Schwestern haben leiden müssen!“

„Wozu kann es nützen, wenn du dir diese Dinge anhörst und deine Seele mit Scheußlichkeiten belastest?“ fragte Alexander mit müder Stimme.

Die junge Frau sprang auf, glühend vor Erregung. „Meinst du, ich sei ein Stein?“ brach es aus ihr hervor. „O Alexander, du könntest mich auf eine weltabgeschiedene Insel legen und mich mit himmlischer Musik, mit allen Herrlichkeiten der Welt betäuben, so würde ich dazwischen doch immer die Todeschreie meines Volkes hören!“ Und leise, in furchtbaren Schauern bebend, fügte sie hinzu: „Man hat meine Kindheit in einem Wirbel des Grauens ertränkt; ich kann mich nie mehr richtig lebendig fühlen, nie mehr meines Lebens froh werden.“

Als jetzt der Mann neben sie trat, sah sie eben so alt aus wie er, der viel Ältere, Bierglühige, merklich Ältere, der sonst neben ihrer jungen blühenden Schönheit wie der Vater, nicht wie der Gatte erschien. Er setzte sich zu ihr und legte seinen starken Arm um sie.

Brus erzählte wieder. Wie unter einem Zwange gab er immer von neuem die gleichen Schilderungen, hartnäckig und stur, als müßte er die Bilder für alle Zeiten festhalten und in den furchtbaren Fortwirkungen vertiefen, unversehlich machen dem entsetzten Zuhörer, so, wie sie ihm selbst unversehlich im Herzen eingegraben waren. Gleichermäßen unter einem Zwange lauschten die Zuhörer. Um ihre Seelen war der hypnotische Bannkreis des Grauens gezogen, über dessen Peripherie sie trotz aller Anstrengung nicht hinauskonnten.

Aber eine Erlösung hielt der grausame Chronist immer für sie bereit: auf sie warteten die Zuhörer jedesmal wie Ertrinkende. Unbeschädigt an Leib und Seele kam Petljura, der Menschenmörder, der die Juden massenweise und bestialisch hatte ermorden lassen, nach der Revolution nach Paris, wo er wie ein echter Spießbürger sich schlecht und recht seines Daseins freute.

„Hatte Jehova ihn vergessen, ihn, seine Schandtat und das von ihm gemarterte Volk?! — Eines Tages wollte er auf dem Boulevard St. Germain ein Restaurant betreten. Da hielt ihn ein junger Mann an und fragte ihn: „Sind Sie Petljura?“ Der vornehme, korrekt wohlhabend und fast gutmütig aussehende Herr bejahte. Blühschnell zog der junge Mann einen Revolver und schloß auf ihn. Lautlos sackte Petljura zusammen und schlug mit dem durchlöchernten Kopf aufs Pflaster.“

Ein Aufatmen folgte, wie immer, nach diesen Worten des Erzählers, die den blutigen Abschluß eines blutigen Dramas schlißten. Alle Anwesenden in dem großen Raume schwiegen und hingen ihren Gedanken nach. In den tiefen Falten von Alexander Gargins zerrissenem und zerfurchtem Gesichte suchte es. Die lange Narbe über seiner Wange fiel nicht sehr auf, weil sie sich wie eine der vielen Gruben zwischen die Wülste legte.

Dämmerung erfüllte das Kellergeräusch der Berliner Katakomben, in dem die russischen Flüchtlinge versammelt waren. Ihre Gedanken und Erinnerungen kreisten hier wie überall und immer um den gleichen Punkt: die Judenpogrome, die schrecklichen Regellen, denen sie vor knapp einem Jahrzehnt entronnen waren. Gezeichnete und vom Schicksal Geschlagene, deren Geist und Herz sich nie wieder vom Spul des Erlebten befreien konnten. Ihre Seele war für immer umdüstert.

Ljuba verließ das Zimmer, um das Abendessen für die Männer zu bereiten. Man hörte sie in der Küche hantieren. Die brennenden Augen Jerzy Gerkinsin starteten aus dem Dunkel auf Alexander Gargin. Jerzy, der Bruder Ljubas, sprach selten und dann irr, wie im Fieber.

„Ein kleiner Junge war ich“ — begann er —, „als ich die großen Judenverfolgungen in Lodz erlebte. Rußland hatte damals den Krieg gegen Japan verloren. Im Volke gärte es. Die Regierung suchte die Wut des Volkes vor sich abzuleiten und warf ihr die Juden als Opfer hin. — In einem Herbstabend, bei einbrechender Dunkelheit, zogen die gedungenen Mörder durch das Ghetto und brachen wie die Wölfe in unsere Hütten ein. Sie trugen weite,

halber unternommen und zu dem er sich rechtzeitig angeschlossen hatte: Der Bauer habe ihm anvertraut, nur aus einem ganz bestimmten Grunde hätte er am Nachmittag so ausführlich von der Braunen erzählt — nämlich um mich, der ich ihm kein sicherer Gast zu sein schien, an den Ort durch die Liebe zu fesseln. Der Bauer wollte seine Gäste so lange wie möglich behalten, und so habe er dies geschickte Mittel gewählt.

„Aha, der Bauer spielte also ein Doppelspiel mit uns beiden. — Ich sah meinen Herrn Rei von der Seite an. Fast hätte ich Mittel mit ihm gehandelt. Wie der arme Mann, der selbst auf dem Honigseim froh, es sich angelegen sein ließ, mich zu warnen...“

„Also sollen Sie nicht auf den Trick herein“, sagte er eben. „Rein lieber Rei, dachte ich für mich, vielleicht fürchtest du nur einen Konturanten in mir, einen Mitbewerber bei „der Braunen“, den du durch deine — Warnung auf die einfachste Weise auszuschalten gedenkst. Wenn ich an deine funkelnden Augen denke, mein lieber Rei, dann kommt mir diese Erklärung durchaus plausibel vor.“

Und in der Tat — wenige Minuten, nachdem er seine... Warnung an den Mann gebracht hatte, empfahl sich Herr Rei. Er sagte, nun wollte er mich nicht länger mit seiner Unterhaltung langweilen (O, wie rückförmig! dachte ich) — und er verschwand in der entgegengesetzten Richtung. Es dunkelte. Die Sterne blühten gelb am Himmelsgewölbe, Stille und Frieden, mit schürfenden Sinnen genoss ich die Ruhe, die an meiner Seite herrschte; und das selbe Wehen und die herben Gerüche der Nacht...“

Herrn Reits Reise ins Liebesabenteuer endete damit, daß der Vater „der Braunen“, der gleichfalls auf Sommergäste erpicht war, den Vorstoß machte: Herr Rei sollte seine Ferientage bei ihm auf dem Hofe verleiben... worauf er sogleich ein begeistertes „Ja!“ zu hören bekam. Der Bauer Giene, als er von dieser Entwicklung der Dinge erfuhr, vergaß an seiner Pfeife zu saugen. Seine Frau schimpfte ihm mächtig aus.

„Dat heit du von deiner Schlauchheit!“ rief sie ihm zu; „wer zu klug is, is dumm.“

Ich versicherte dem Ehepaar, daß ich für mein Teil ihnen treu bleiben würde. Und das war Trost und Beruhigung für sie.

Herr Rei aber hat es bei „der Braunen“ noch sehr weit gebracht. Er wurde zuerst ihr Liebster, dann ihr Bräutigam und am Ende ihr Mann.

Und als das erste Kind zur Taufe getragen wurde — wissen Sie, wer da Pate und Patin war?

Herr und Frau Giene.

schwarze Mäntel und Masken vor dem Gesicht oder schwarze, über das Gesicht hängende Schlapphüte. Unter den Mänteln hielten sie lange scharfe Messer verborgen; damit erschlagen sie alles: Männer, Frauen, Kinder. Unsere Eltern waren erschlagen. Ich hatte mich versteckt und auch die ohnmächtige Ljuba mit ins Versteck geschleppt. Da kam einer der Mörder ins Zimmer. In der Verzweiflung ergriff ich ein Küchenmesser, das ich zu mir gesteckt hatte, und warf es nach ihm.“

Jerzy hielt einen Augenblick inne und sprach dann heiser und eindringlich: „Wenn ich deine Narbe sehe, Alexander, dann muß ich immer an jenen Messerwurf denken.“

Alexander sagte nach einer langen Pause ruhig: „Diesen Vorfall will ich dir heute aufklären. Ein Freund von mir, der auch deinen Vater gut kannte, war Beamter des Gouverneurs von Lodz, der auf Veranlassung der Regierung die Pogrome stillschweigend duldete. Er beschloß, seine Familie zu retten; es gelang ihm aber nur, dich und deine Schwester zu beschützen. Mit deiner Waise hast du ihn und demnach den Faltschen getroffen. Komm mit in meine Kammer; ich will dir sein Bild zeigen.“

Es klang wie ein Befehl. Jerzy folgte dem Schwager. In der Kammer standen sich die beiden Männer allein gegenüber.

„Du brauchst mir das Bild nicht zu zeigen“, sagte Jerzy. „Ich weiß jetzt, wer der fremde Ketter gewesen ist. Verzeih mir, Alexander! Jahrelang habe ich mich mit dem bösen Verdacht gegen dich getragen. Ich konnte ja nicht ahnen, aus welchem Grunde du dich damals bei den Mördern befandest.“

„Du darfst mein Geheimnis nie preisgeben!“ bat Alexander. „Denn wie könnte es Ljuba je verwinden, daß ich mich überhaupt bei den Mördern befunden habe! Der Gedanke allein, daß ich deren Waise irug, wenn ich darunter auch mein Rettungswort vollbrachte, würde sie mit ewigem Grauen vor mir erfüllen...“

Der Spross oder die Sprotte? Dieser Sprottien kennt jedermann. Dampf- und Eisenbahnen sorgen dafür, daß die Bewohner zweier Welten sich an der Destillatose erreichen können. Früher war das anders. Im Altdeutschen, Mittelhochdeutschen und Hochdeutschen bis zum letzten Viertel des 18. Jahrhunderts kommt der Name „Sprotte“ des schmackhaften Fischchens nicht vor. Der Binnensee-Länder nennt es die Sprotte, und man findet diese Form auch in fast allen Wörterbüchern. Der Niederdeutsche sagt aber der Sprott, und diesem Sprachgebrauch folgen unter den Zoologen alle, die ihr Wissen nicht allein in der Stubierstube, sondern auch im Verkehr mit der Küstenbevölkerung erworben haben. Sprottengang wird auch an der französischen und englischen Küste betrieben, und der französische und englische Fischer lassen die Namen „Jesprot“ und „sprat“ männlich auf. Limes gab dementsprechend den Fischen den lateinischen Namen Clupea sprattus. Nur bei den Holländern ist sprot Femininum. Die Bezeichnung Sprotte ist zuerst im Jahre 1774 in einer Uebersetzung von Limes „Systema naturae“ von Professor Müller in Erlangen aufgetaucht. Er hatte offenbar das Wort von der Weizahl „Sprottien“ nach dem Vorbilde Ratte, Flotte, Gotte usw. gebildet.

Wo sagt man Alm, wo Ape? Das Wort Alm, das auch dem Nichtkenner des Hochgebirges schon deshalb geläufig ist, weil es den Ort bezeichnet, wo es nach dem Lied „so Sünd“ gibt, ist zwar im allergeringsten Teil des Alpengebietes üblich, tritt aber im Allgäu als Bezeichnung für hochgelegene Hütten und Weidplätze vielfach hinter das Wort Ape zurück. Um die Sache zu klären, hat sich das bayerische Kultusministerium an die Wörterbuchkommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften gewandt, und diese hat sich gutachtlich dahin geäußert, daß es ungezweigt sei, auf Karten und Begleitern, in Fremdenführern und Veröffentlichungen für die Gegend von Sonshofen, Immenstadt und Oberstdorf sowie innerhalb des Regierungsbezirks Schwaben überhaupt das Wort Ape dem Sprachgebrauch gemäß zu verwenden, daß aber in Veröffentlichungen von mehr als lokaler Bedeutung das Wort Alm und seine Zusammenlegungen, wie Almwirtschaft, Almwende usw., zu gebrauchen sei.

Unverderbliche Bäume. Zur Verhütung der großen schadenreichen Waldbrände in den Vereinigten Staaten wird gegenwärtig in Amerika und in Frankreich durch die systematische Anpflanzung unverbrennbarer Bäume ein neues und vollkommenes sicheres Mittel ausprobiert. Einen solchen Baum hat man in dem Klau, einer australischen Eucalyptusart gefunden, dessen Rinde aus übereinandergelegten verknüpferten, steinharten Fäserchen besteht. Die Zwischenräume sind lufthaltig und das gummiartige Harz des Baumes ertönt jede Flamme, so daß der Baum so gut wie unverbrennbar ist. Breite Streifen dieser Klau-Bäume, quer durch die Wälder gepflanzt, bilden einen vorzüglichen Schutz gegen das Umsichgreifen von Waldbränden. In kanadischen und nordamerikanischen Wäldern hat sich die Anpflanzung des Klau, der von großer Schönheit ist und selbst in diesen Breiten noch eine Höhe von fünfzig Metern erreicht, schon stark eingebürgert und als Brandschugmittel außerordentlich bewährt.

Das neue Haus der Elektrotechniker.

Zu einem schlichten Festabend mit anschließender Führung und Besichtigung des neuen D.C.-Hauses in Charlottenburg, Bismarckstraße Ecke Krumme Straße, hatte der Verband Deutscher Elektrotechniker eingeladen. Der Vorsitzende des Verbandes, Peterson, gab einen kurzen Überblick über die Baugeschichte. Staatssekretär Dr.-Ing. v. H. Fegerabend überbrachte die Grüße und Glückwünsche der Reichs- und Staatsregierungen und der Behörden, die als Großverbraucher der Elektrizität an den Bestrebungen des Verbandes besonderen Anteil nehmen. Er wies auf die Dienste des Verbandes der Deutschen Elektrotechniker hin und betonte, daß die Ziele des Verbandes sich in vieler Beziehung mit den Aufgaben des Staates decken. Insbesondere habe der Verband in Deutschland von vornherein die Führung auf dem Gebiete der elektrischen Sicherheitsvorschriften übernommen und dabei so Vorbildliches geschaffen, daß der Staat darauf verzichten konnte, auch noch dieses Gebiet von sich aus behördlich zu regeln. Er überbrachte zur Ausschmückung des neuen Hauses Bilder von zwei Meistern der Elektrotechnik, von Wilhelm Weber und Hermann von Helmholtz. In einem Lichtbildvortrag berichtete der Erbauer des neuen Hauses Dr.-Ing. Hertlein über seine Arbeit und begründete es, daß er gerade in der unmittelbaren Nachbarschaft des städtischen Opernhauses nicht nur der architektonischen Gestaltung, sondern auch der städtebaulichen Wirkung des neuen fünf Stockwerke hohen Hauses die größte Aufmerksamkeit schenken mußte. Neben der stark aufgelösten Front des Opernhauses habe er es für angezeigt gehalten, einen Bau von größter Schlichtheit hinzustellen. Er führte sodann die Gasse durch die einfach und zweckmäßig gestalteten Räume. Helle Farben, leichte Tapeten, große Fenster, fließendes Wasser in jedem Büroraum zeigten, daß den hygienischen Forderungen, die gerade die Büroangestellten an ihre Arbeitsräume stellen müssen, voll Genüge getan wurde. Auch vor dem Straßengeräusch hat man das neue Haus und seine Bewohner zu schützen versucht, indem man sowohl die tragenden Wände als auch die Wände mit imprägniertem Seegras isolierte. Die Fußböden aller Büros sind mit Korklinoleum bedeckt. Sehr geschmackvoll ist der Sitzungssaal in seiner Täfelung von ungelbem Eichenholz. Er kann durch Klappwände in drei einzelne Säle unterteilt werden. Für die Regulierung der Heizung ist eine Fernthermometeranlage eingebaut. Die Laboratorien und Prüfstellen sind gegen früher bedeutend vergrößert und mit den modernsten Einrichtungen und Maschinen ausgestattet worden. Ein Selbstfahrer erspart das Treppensteigen. Erwähnenswert ist endlich neben vielem anderen die sehr schöne Arbeit eines Kunsthandwerkers, der das Portal des Hauses mit einfachen Mitteln künstlerisch gestaltet.

75 Jahre Verein Deutscher Ingenieure.

Der Verein Deutscher Ingenieure feierte in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg das Fest seines 75jährigen Bestehens. Professor Härtlinger, der Vorsitzende des Berliner Vortragsvereins, wahrte sich in seiner Begrüßungsansprache, dagegen, daß man den Techniker und die Technik verantwortlich mache für die Not der Zeit. Der Direktor der Technischen Hochschule, Prof. Lübben, wies auf die enge Verbindung der Hochschule mit dem B.D.I. hin. Zahlreiche hervorragende Mitglieder hätten an der Hochschule gewirkt, viele ihre Ausbildung von ihr erhalten. Zum Schluss pries er den technischen Fortschritt als den Wohlstand der Menschheit. Der er zweifellos sein könnte, wenn er nicht in den Dienst des Finanzkapitals gestellt würde; aber das sagte Herr Lübben natürlich nicht. Berlins Oberbürgermeister, Herr Sahm, der den Titel eines Dr.-Ing. ehrenhalber führt, übermittelte die Grüße der größten deutschen Stadt und erinnerte daran, daß die Entwicklung Berlins eng mit dem Aufbau der technischen Lehranstalten verknüpft ist. Nach anderen Ansprachen hielt Professor Dr. Katsch den Festvortrag, in dem er vom Geist der In-

Allgemeine Wetterlage.



Ganz Deutschland wurde am Mittwoch von kalter Polarluft überflutet. Die Temperaturen stiegen meist nicht über 10 Grad. Nur in der oberdeutschen Tiefebene wurden etwa 11 Grad gemessen. Im Norden und Osten fielen leichte Regenschauer. Zum Teil gingen auch schwache Graupelchauer nieder. Der Süden des Reiches blieb im wesentlichen trocken. An den Küsten, besonders im Bereich der Ostsee, herrschten noch stürmische Winde. Seit wandert von Frankreich ein Hochdruckläufer nach Deutschland. Er brachte am Abend bereits dem Südwesten ruhiges Wetter. Am Donnerstag dürfte die Beruhigung über die Elbe nach Osten fortzuziehen. Eine am Mittwoch bei Island angebaute Depression kann aber am Freitag bei uns schon wieder Bewölkungszunahme hervorrufen.

Weiterausichten für Berlin: Zunehmende Beruhigung, vielwolkig heiter, tagsüber kühl, nachts Frost. — Für Deutschland: In West-, Süd- und Mitteldeutschland vorwiegend heiter und trocken, im Osten noch leicht veränderlich, im Nordosten noch einzelne Schauer, allgemein Windabnahme.

genieurarbeit sprach. Es genügt nicht, auf Alfred Krupp und Werner Siemens hinzuweisen und an ihre Leistung zu erinnern. Krupp und Siemens sind die Vertreter zweier großer Zeitalter. Krupp steht im Zeichen der Dampfmaschine, Siemens im Zeichen der Elektrizität. Die beiden großen Abschnitte einer aufsteigenden Investitionskonjunktur von 1843 bis 1873 und von 1895 bis 1914 mußten die von ihnen begonnenen Arbeiten bei genügender Leistung und geschickter Anwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zum Erfolg bringen. Heute genügen Ausdauer und Gestaltungskraft, Mut und Fähigkeit allein nicht mehr um die Dinge zum Laufen zu bringen. Aber darin hat Krupp recht, wenn er behauptet, daß Technik sein wird, solange es Menschen gibt. Und auch wir wünschen, daß die Technik dazu beitragen möchte, Freiheit und wahre Menschenrechte zu erringen.

Aufruf der Krüppel.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg des Reichsbundes der Körperbehinderten bittet uns um Veröffentlichung des folgenden Aufrufes:

Der Selbsthilfesebund der Körperbehinderten (Reichsbund Deutscher Krüppel) Landesverband Berlin-Brandenburg, E. B., Berlin SO. 16, Brandenburger Ufer 1, Fernsprecher Hannover 5753, in welchem sich die schwerstbehinderten Erwerbsbeschränkten zusammengeschlossen haben, ringt um seine weitere Lebensfähigkeit, die durch die heutige schwere wirtschaftliche Krise bedroht ist. Um für diesen Winter seinen Mitgliedern, den Armen der Armen, helfend zur Seite zu stehen, ruft der Landesverband Berlin-Brandenburg E. B., Brandenburger Ufer 1, die Öffentlichkeit zur Hilfe von Geldspendern u. a. auf. Postfachkonto: Berlin 118 763. Ferner bitten wir alle uns noch fernstehenden Erwerbsbeschränkten zwecks Aufnahme als Mitglied in unserem Bunde um Angabe ihrer Adressen, damit wir auch diese durch unsere Fürsorgeabteilung betreuen können.

Die Not der Ältern.

Ueber die Not der früheren Kapitalrentner unterrichtete eine Aussprache im Reichswirtschaftsrat, die der Deutsche Rentnerbund veranstaltete. Diese durch das Inflationsunrecht um Beizig

und Vermögen gebrachten Menschen stehen jetzt in ihrem Alter ohne jeden Schutz und die Regierung verliert, statt des vom Reichstag schon mehrfach geforderten Rentnerversorgungsgesetzes auf dem Wege der öffentlichen Fürsorge zu unterstützen. Die Fürsorgestellen lassen sich vielfach von der Vorstellung leiten, daß die früher Vermögenden und in ihrem Lebensabschnitt äußerlich noch nicht ganz proletarierten Familien irgendwelche Werte im Stumpfsinn vererbt hätten. Soweit die Rentner nach über Hypotheken und anderen Besitz verfügen, machen die Rentner die Ueberschreibung dieses Besitzes an das Fürsorgeamt für die Unterstützung abhängig. Auch die für Preußen angeordnete Anrechnung von Aufwertungsleistungen auf den Unterstüßungsbeitrag zwischen geborener und allgemeiner Fürsorge bringt einer großen Zahl von Kleinrentnern bedeutende Verschlechterungen. In der Aussprache wurden von den Vertretern der verschiedenen Völkerguppen Vorschläge kundgegeben, wie ein Rentnerversorgungsgesetz ohne Belastung des Reichshaushalts durchzuführen wäre, so u. a. der Vorschlag, diejenigen Mittel die aus den Hypothekenabfindungen der mit Hauszinssteuermitteln erbauten Häuser fließen werden, dem Versorgungsfonds der Rentner zuzuführen. Einmütig wurde von den Vertretern der Rentner anerkannt, daß die Sozialdemokratie in den öffentlichen Körperschaften mit allen Mitteln die Not der Rentner zu lindern versucht.

Das neue Zirkus-Buffet-Programm steht im Zeichen guter Tierdressuren. Rudolf Matties zeigt 14 prächtige Köstlichkeiten, die sich so gefittet wie die zahmsten Katzen benehmen. Den Mittelpunkt bildet ein tanzender Elefant im Tigerhäut mit einem Tiger als Reiter auf seinem Rücken. Lastlos Terrier-Fußballmatch ist eine lustige Sache und der sehr sympathische Fred Petretti beherrscht seine 15 Pferde mit einem Zügel nach allen Regeln der klassischen Reitkunst. Dann kommen pünktige Zwerge und tanzende Kamel und Elefanten, deren Meister Josef Haas ist. Im artistischen Teil des Programms sorgen die 4 Gerards für tüchtiges Lachen. Einen Trampolintanz voller Komik und „Spring“ lebendigkeit zeigen die 5 Flying Bawards. 50 Saltos hintereinander, von einem Mitglied dieser Truppe ausgeführt, sind gewiß eine anerkennenswerte Leistung. 3 Olympias sind ästhetische Kraftmenschen, deren Muskelspiel man gern bewundert und 4 Corras produzieren sich am Red mit Sicherheit und Gewandtheit. Billig Buffon hat das Talent, eine halbe Stunde zu unterhalten, ohne langweilig zu werden.

Im Bund der freien Schulgesellschaften spricht Hermann Laack am Donnerstag, dem 22. Oktober, 8 Uhr abends, in den Räumen der Jugendliga für Rentenrechte. Rondellplatz 10, Eingang 4, über das Thema „Wird die Kulturaktion liegen?“ Gäste herzlich willkommen.

Eine Kostüm-Photowandlung „Rund um die Schönebergstraße“ veranstaltet das Selbstbildungsamt Himmelpark unter Leitung des Fotolichters Schöber am Freitag, 23. Oktober, 20 Uhr. Treffpunkt: Oranienb. Bad (Nurtenbaum Ecke Joachimshofer Straße). Teilnahmegebühr 50 Pf.

Was sagt der Bär?



**Auf dem Wege zur Arbeit
und nach vollendetem Tagewerk**

strömen Tausende fleißiger Berliner über diese Brücke. — Morgens wie abends das gleiche Bild, dieselben Menschen und immer wieder die gleiche Cigarette:

Joseetti Juno
Berlins meistgerauchte Cigarette 1/4 M. — 3 Stück 10 ♂

Regierungspräsident gegen Krankenkasse Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau suspendiert.

Die Rechtspreffe bringt in sensationeller Aufmachung die Nachricht, daß der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Breslau seines Amtes enthoben worden ist. Dabei wiederholt sie die früheren Behauptungen über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in einer Form, als ob es sich um neuere Vorkommnisse handelte. Sie sucht nach einer Gelegenheit, die Aufmerksamkeit von den Skandalen um Raiffeisen und Nordwolle durch einen Angriff auf die Krankenkasse abzulenken.

Ueber die Vorkommnisse in Breslau erhalten wir folgende sachliche Darstellung:

Durch eine Revision des Versorgungsamts Breslau wurde ermittelt, daß der Leiter der Abteilung „Versorgungsmessen“ bei der Kasse die Abrechnungen nicht ordnungsmäßig aufgestellt hat. Er begründete das damit, daß der Kasse viele Aufwendungen für Kriegsbeschädigte erwachsen, ohne daß dies aus den Belegen ersichtlich ist. Es wird auch behauptet, daß der Abteilungsvorsteher einem Arzt zu Unrecht Zahlungen angewiesen hat. Der Abteilungsvorsteher und die sonst an der Angelegenheit Beteiligten wurden verhaftet. Es schwebt das Untersuchungsverfahren.

Ein Angestellter der Kasse behauptet, er habe dem Verwaltungsdirektor mündlich über die Manipulationen des Abteilungsvorstehers berichtet. Die von dem Verwaltungsdirektor verlangte schriftliche Darlegung soll niemals an die Verwaltung gelangt sein. Infolgedessen sah sich der Direktor außerstande einzugreifen. Außerdem wird dem Verwaltungsdirektor der Ankauf von Schreibzettel vorgeworfen, die aber in Wirklichkeit durch die Baukommission in seiner Abwesenheit bestellt wurden. Wegen dieser Dinge ist der Verwaltungsdirektor zur Disposition gestellt worden.

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist im wesentlichen dadurch erregt worden, daß die Kasse in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist. Der Kassenvorstand hatte im Jahre 1929 einen Erweiterungsbau des Verwaltungsgebäudes beschlossen und hierfür die Genehmigung des Versorgungsamts erhalten. Im Verlaufe des Baues stellte sich heraus, daß der Baugrund sumpfig war; infolgedessen wurden sehr kostspielige Gründungsarbeiten erforderlich. Die Besitzer der anliegenden Grundstücke strengten Schadenersatzprozesse an. Die Kasse war gezwungen, große Entschädigungen an die Anlieger zu zahlen und einige der angrenzenden Grundstücke zu erwerben. Die Kasse wäre sicher in der Lage gewesen, die notwendigen Gelder aufzubringen, wenn nicht inzwischen die Wirtschaftskrise ihre Finanzgrundlagen erschüttert hätte.

Eine Folge der Wirtschaftskrise ist auch, wie bei allen Kassen, ein starker Mitgliederrückgang. Die an sich erforderliche Entlassung von Angestellten wurde dadurch vermindert, daß die Arbeitszeit herabgesetzt und die Gehälter erheblich gekürzt wurden. Der Kassenvorstand hatte den ersten Verwaltungsdirektor zur Disposition gestellt und den zweiten wegen Ueberalterung pensioniert.

Zwei Vorstandsmitglieder, je ein Vertreter der freien und der christlichen Gewerkschaften, wurden mit Zustimmung der Arbeitgeber mit der vorläufigen Wahrnehmung der Leitung beauftragt.

Hiergegen protestierten die Angestellten der Kasse. Sie forderten das Eingreifen der Regierung.

Das Versicherungsamt hat dem Vorstand aufgegeben, die Finanzen der Kasse in Ordnung zu bringen. Das war nur durch eine Beitragserhöhung möglich. Der Ausschuß der Kasse hat die vorgeschlagene Beitragserhöhung jedoch abgelehnt. Das Versicherungsamt war genötigt, die Beitragserhöhung anzuzwängen. Der Vorstand hatte auch sonst alle Vorkehrungen getroffen, um eine allmähliche Gesundung der Kassenfinanzen herbeizuführen. Wenn er seines Amtes enthoben worden ist, so ist das zweifellos auf das Eingreifen der Regierungspräsidenten zurückzuführen. Und es ist bezeichnend, daß sowohl die Breslauer wie die Berliner Rechtspreffe bereits am Dienstag Mitteilungen über die Amtsenthebung des Kassenvorstandes bringen konnten, obwohl der Beschluß des Versicherungsamtes über die Amtsenthebung erst am Mittwoch von dem Oberbürgermeister unterschrieben und den Vorstandsmitgliedern persönlich übergeben wurde!

Eine Behördenstelle muß also unter Bruch des Amtsgeheimnisses Nachrichten an die Rechtspreffe gegeben haben. Gegen die Anordnung des Versicherungsamts wird der Kassenvorstand dem im Gesetz vorgesehenen Beschwerdewege beschreiben, da die Verfügung offensichtlich jeder Rechtsgrundlage entbehrt. Richtig ist allerdings, daß der Kassenvorstand auf einen ihm vom Regierungspräsidenten vorgelegten Fragebogen mit 150 Fragen nicht in allen Fällen die Antwort gegeben hat, die der Regierungspräsident vielleicht erwartete.

Die Rechtspreffe spricht von „sozialdemokratischer Mißwirtschaft“. Die Mehrheit des Kassenvorstandes besteht aber nicht aus Sozialdemokraten. Die christlichen Gewerkschafter und die Arbeitgeber haben zusammen die Hälfte der Stimmen im Kassenvorstande. Alle entscheidenden Beschlüsse, namentlich der Baukommission, sind stets mit den Stimmen der Arbeitgeber gefaßt worden.

Der Kassenvorstand mag die wirtschaftlichen Möglichkeiten, vor allen Dingen die Entwicklung der Wirtschaftskrise nicht richtig eingeschätzt haben. Das aber als „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ zu bezeichnen, ist eine böswillige Verdrehung, wie sie in der Rechtspreffe nicht gerade selten ist.

Sozialistischer Wahlerfolg in Frankreich. Bei den Generalratswahlen.

Paris, 21. Oktober. (Eigenbericht.)

Nach einer vom Innenministerium veröffentlichten Statistik über die Wahlen zu den Generalräten sind von 89 Senatoren, die Kandidaten waren, 82 am Sonntag gewählt, einer ist geschlagen worden. Ueber die übrigen sechs entscheidet die Stichwahl am nächsten Sonntag. Von den 181 Kandidaten aus der Abgeordnetenkammer sind 137 wiedergewählt worden, 25 sind unterlegen. Die restlichen 19 kommen in die Stichwahl. Von den sozialistischen Kandidaten sind alle Senatoren gewählt, neun Abgeordnete dagegen geschlagen worden; sieben Abgeordnete kommen in die Stichwahl.

Wenn der Prozentsatz der nichtgewählten sozialistischen Abgeordneten auch ziemlich hoch ist, so hat die sozialistische Partei nach dem jetzt vorliegenden genauen Wahlergebnis im allgemeinen doch nicht schlecht abgeschnitten. Bisher besaß die sozialistische Partei in allen Generalräten Frankreichs 127 Vertreter. Bei den Wahlen am Sonntag sind 102 Kandidaten wiedergewählt und

Fabag-Direktion



„Das war ein Bombengeschäft! Da muß die Gesellschaft den Gewinn mit uns Direktoren teilen. Das hier ist für uns!“

„Halt, meine Herren — und was bleibt für die Gesellschaft?“

„Richtig, die Gesellschaft! — Herr Müller, hier sind 20 Mark auf Gewinnkonto zu verbuchen!“

Landtag und Grubenkatastrophe.

Beratung sozialdemokratischer Anträge.

Der Preussische Landtag arbeitet gegenwärtig mit großer Intensität den vielartigen Beratungsstoff auf, der sich während der Sommerpause angehäuft hat. Am Mittwoch hatte er sich zunächst mit der Notverordnung zu beschäftigen, die durch eine Reichs- und Staatsgarantie in Höhe von je 120 Millionen die gefährdete Landesbank der Rheinprovinz stützt. Die agrarischen und großkapitalistischen Kreise, die kein Wort dagegen gesagt haben, daß das Reich den Zusammenbruch der Danabank und der Dresdner Bank verhindert hat, fanden diese Einsetzung erheblicher Staatsmittel für ein öffentlich-rechtliches Bankunternehmen unerhört und

die offhilfsgelegenen Ostellier protestierten laut lärmend dagegen, daß man gerade der Rheinprovinz eine solche Garantie zuteil werden ließe.

Es kam darüber zwischen den Rheinländern der Zentrums- und Staatspartei und den Ostelbtern der Deutschnationalen und der Volkspartei zum Ausbruch heftiger Lebenswürdigkeiten. Die Abstimmung wurde auf Donnerstag verschoben, wo auch die entscheidenden Abstimmungen über die Mikrowaarennoten und die gesamte Regierungspolitik stattfinden.

Edemso erging es der neuen Notverordnung, die die direkte Wahl der Magistratsmitglieder in Schleswig-Holstein zeitweilig aufhebt.

Die von den Kommunisten geforderte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Hintergründe des Freispruchs von Hugo Stinnes jr. wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Für die Sozialdemokratie brachte dabei Genosse Kuttner zum Ausdruck, daß dieser sehr merkwürdige Freispruch gegenwärtig in zahlreichen Strafuntersuchungen und Disziplinarverfahren nachgeprüft wird; sollten diese nicht die erforderliche reifliche Klärung bringen, werde die Sozialdemokratie im Parlament nachhelfen. Aber gegenwärtig sei ein solches Vorgehen verfrüht.

Kultusminister Genosse Grimme hat im vorigen Jahre den Mißbrauch der Schule zur kolonialen Propaganda untersagt. Gegen diesen Erlaß waren die Rechtsparteien Sturm gelaufen und der Unterrichtsausschuß hatte eine Nachprüfung der

ministeriellen Verfügung gefordert. Redner der bürgerlichen Parteien setzten sich auch jetzt im Landtag lebhaft für den kolonialen Geist ein. Die Kommunisten aber verteidigten nicht etwa Grimmes Erlaß als mit ihren Auffassungen übereinstimmend und griffen auch nicht etwa die bürgerlichen Parteien wegen ihrer Kolonialbegeisterung an, sondern ihr Ausländer beschimpfte — die Sozialdemokratie, weil sie nichts gegen die Kolonialpropaganda an den Schulen unternähme. Gegen solche Verrantheit und Verbohrtheit ist man leider völlig machtlos.

Zum Schluß begann das Haus eine

Ausprache über Anträge der Sozialdemokratie zur Verbesserung der Grubensicherheit.

Die Genosse Otter begründete. Die vorgezogene Katastrophe auf Roni Genis mit ihren 17 Toten hat diesen Anträgen, die seinerzeit nach Aldorf und Eschweiler gestellt waren und seitdem im Ausschuß durchberaten worden sind, eine traurige Aktualität gegeben.

Abg. Otter (Soz.) führte aus: Die Anträge, die wir seinerzeit nach den Grubenkatastrophen in Aldorf und auf Eschweiler Reserve zur Verschärfung der Grubensicherheitsbestimmungen eingebracht haben, sind im wesentlichen vom Ausschuß gutgeheißen worden. Es handelt sich um eine einheitliche Bergbauordnung für alle Arten des Bergbaus, um die Einführung des Gesteinstaubverfahrens in allen Steinkohlenrevieren, die Einführung von Jahrbüchern der Grubensicherheitskontrolleure, um den Oberbergämtern die Nachkontrolle zu erleichtern, um den erhöhten Kündigungsschutz der Sicherheitskontrolleure, um strengere Vorschriften zum Ausbau der roten Orte ujm. Die vorgezogene Katastrophe auf Roni Genis mit ihren 17 Toten beweist aufs neue die Notwendigkeit rascher und durchgreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Grubensicherheit. Entscheidend ist dabei der Kampf gegen das fürchterliche Antriebersystem, das bisher eine genaue Befolgung der Bergbauvorschriften praktisch unmöglich macht.

Die Debatte soll am Donnerstag nach der großen Abstimmungsschlacht janzgesetzt werden. Außerdem werden an diesem Tage die vorliegenden Anträge auf Aufhebung der Immunität entschieden.

24 Sitze neu gewonnen worden, so daß die Partei schon nach dem ersten Wahlgang über 126 Sitze verfügt. Da bei der Stichwahl sicherlich noch zahlreiche Kandidaten durchkommen werden, dürften die Wahlen zu den Generalräten für die Sozialisten mit einem Gewinn abschließen.

Arthur Schnitzler gestorben.

Aus Wien wird gemeldet, daß Arthur Schnitzler gestern 194 Uhr einem Schlaganfall erlegen ist.

Schnitzler machte nachmittags einen Spaziergang. Als er in seine Wohnung zurückkehrte, stürzte er, vom Schlag gerührt, zusammen und starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Mit Arthur Schnitzler ist einer der gelehrtesten Dramatiker und Novellisten unserer Zeit dahingegangen. Im Mittelzeitalter des Realismus, in den neunziger Jahren, gehörte er zu den meistgeschätzten deutschen Theaterdichtern. Wer damals eine Schnitzler-Aufführung im Brahmschen Deutschen Theater erlebt hat, wird die Eindrücke nicht wieder vergessen. Von den norddeutschen Naturalisten unterschied ihn eine ausgesprochenes Wiener Note.

Eine weiche und dabei oft spielerische Behandlung der Probleme ließ ihn als spezifisch österreichischen Dichter erscheinen und es ist bezeichnend, daß seine Werke, die dem Wiener Milieu entstammen, und auch solche, die erst in den allerletzten Jahren erschienen sind, zumeist Bilder der Zeit aus des Dichters jüngeren Jahren geben. Einer viel sorgloseren und unbedünneren Welt, als es die heutige ist, eines kalten und dabei schlingeligen Bürgerstums, an das soziale Probleme selten herantraten. Nur ausnahmsweise hallen seine Worte in einen schrillen Ton aus. Reißt verflungen und verblümmern sie.

Schnitzler war am 15. Mai 1862 in Wien geboren als Sohn eines bekannten Halsarztes und Professors der Wiener Universität. Er hatte gleichfalls Medizin in seiner Vaterstadt studiert und war bis 1893 Assistent seines Vaters gewesen. Seine militärische Charge als Regimentsarzt wurde dem Dichter wegen seiner Novelle „Leutnant Gull“ strafweise aberkannt. Als Mitglied des „Jungen Wien“ sympathisierte er lebhaft mit der sozialistischen Bewegung; gar nicht selten las er jugendlichen Arbeitern und sozialdemokratischen Organi-

zationen in Wien aus seinen Werken vor. Schnitzler wäre im Mai nächsten Jahres 70 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß waren in mehreren Wiener Theatern Festaufführungen Schnitzlerischer Stücke geplant.

Spaltung mit Hinterlist.

Keine Erfolge der Seydewitze in Hessen.

Frankfurt a. M., 21. Oktober. (Eigenbericht.)

Als Spitzenkandidaten zu den hessischen Landtagswahlen stellte die „Landeskonferenz“ der Spalter den Redakteur Ohlhof auf. Als Ohlhof nominiert wurde, war er noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Mitglied der Redaktion der sozialdemokratischen „Mainzer Volkszeitung“. Am Montag wurde Ohlhof kritiklos entlassen, da er gegen seine Redaktionskollegen rätlich geworden war. Jetzt fordert Ohlhof in Flugblättern zum Eintritt in die Spalterpartei auf. Die geringe Zahl von 16 Austritten aus dem Sozialdemokratischen Verein in Mainz beweist, daß die Arbeiterschaft ein derartiges Doppelspiel ablehnt.

Außer Ohlhof ist inzwischen noch einem anderen Doppelmittglied das Handwerk gelegt worden. Der sozialdemokratische Provinziallandtagsabgeordnete Schweig aus Oberursel bei Frankfurt, der als Vorsitzender des sozialdemokratischen Unterbezirks noch vor wenigen Tagen stammende Aufrufe gegen die Spalter mit seinem Namen unterschrieben hatte, wurde durch einen glücklichen Zufall beim Vertrieb des Organs der Spalter erwischt. Als er sein Spiel, in der Sozialdemokratie gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten, durchschaut sah, erklärte er seinen Austritt.

Schober wird bleiben. Die Großdeutschen haben am Mittwoch beschlossen, sich mit dem Finanzminister und Außenminister Schober solidarisch zu erklären. Von dem Selpel-Flügel der Christlich-Sozialen waren gegen Schober wegen seiner Außenpolitik verstärkte Angriffe erhoben worden. Das Ziel, ihn zu stürzen, dürfte nach der Solidaritätserklärung der Großdeutschen für Schober kaum noch gelingen.

